Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1913

19 (23.1.1913) Erstes Blatt

Visual Library

No. 19. 1. Blatt. Karlsruhe, Donnerstag den 23. Januar 1913. 33. Jahrg.

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementspreis: Zugestellt monatl. 75 ₰, vierteljährl. 2,25 ℳ; abgeholt monatl. 65 ₰; am Postschalter 2,10 ℳ, durch den Briefträger 2,52 ℳ vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends ½7 Uhr. Postscheckkonto Nr. 2650. Telephon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, kl. Zeile, oder deren Raum 20 ₰. Lokalinserate billiger. Schluß d. Inseratenannahme ½9 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittag zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Geck & Cie., Karlsruhe.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Schwindelwirtschaft.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erklärt in aller Form die von der „Braunschweigischen Landesztg." über eine beabsichtigte Marinevorlage gemachten Angaben für falsch, „da für die Marine lediglich eine Nachtragsforderung für Luftzwecke in Frage kommt". An diesem Dementi ist nur interessant, daß es sich auf die Flotte beschränkt. Die jetzt schon ein paar Wochen alten Mitteilungen der „Post" über ungeheure Neuforderungen für das Heer werden mit keinem Worte erwähnt. Dafür kommt eine private Korrespondenz, die Fühlung mit einzelnen Reichsämtern hat, mit der Versicherung, es sei an den in erster Linie an Heeresvorlagen beteiligten Stellen von der Absicht einer solchen Vorlage nicht das mindeste bekannt:

Zutreffend ist allein, daß in nächster Zeit ein Nachtragsetat der Heeresverwaltung im Bundesrat zur Vorlage gelangen wird zum Ausbau unseres Militär-Luftfahrwesens. Hierauf allein wird sich der Nachtragsetat beziehen. Weder für dritte Bataillone, noch für Maschinengewehrformationen, noch für artilleristische Forderungen ist ein Nachtragsetat in Vorbereitung.

Die „Post" bleibt dieser Meldung gegenüber bei ihrer ersten Behauptung. Die Bestimmtheit, so sagt sie, mit der die Korrespondenz auftrete, sei um so auffallender, als die Meldung der „Post" ja von mehreren oft halbamtlich benutzten Blättern wenn auch erst nach und nach und teilweise mit kleinen Einschränkungen betätigt worden sei, und als auch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" am 15. Dezember erklärt habe, es sei eine neue Vorlage für die Verstärkung der Schlagkraft unseres Heeres in Vorbereitung.

Wer hat nun recht? Wir möchten annehmen: beide. Es sieht aus, als ob unter den beteiligten Reichsämtern zurzeit noch über die Höhe der Mehrforderungen gestritten werde. Wer Sieger bleibt, das Reichsschatzamt oder das Kriegsministerium, wird nicht zum wenigsten davon abhängen, ob es gelingt, schon in der nächsten Zeit eine Einigung über die Besitzsteuer herbeizuführen. Kommt es zu dieser Verständigung nicht, so kann es wohl sein, daß man fürs erste auf die Einbringung der großen Vorlage verzichten und sich im wesentlichen mit dem Nachtragsetat für die Luftflotte begnügen wird. Mit um so größerer Sicherheit aber wird die Regierung dann die heute zurückgestellten Wünsche der Wehrvereinler im nächsten Winter erfüllen und wahrscheinlich haben sich bis dahin noch mehr der berühmten „Lücken" in unseren Rüstungen herausgestellt.

Doch auch die „kleine" Vorlage, die unter allen Umständen kommt, ist nicht zu verachten. Sie soll, wie die erwähnte Korrespondenz in Erfahrung gebracht haben will, den Etat um weitere 20 Millionen belasten. Ueber die Art, wie die 20 Millionen aufgebracht werden sollen, weiß dieselbe Stelle zu sagen, daß 7 Millionen zur Verfügung ständen, die ursprünglich für außerordentliche Schuldentilgung über die gesetzliche hinaus Verwendung finden sollten. Ueber die Beschaffung des Restes sei man sich auch noch nicht einig.

„Man muß sich vergegenwärtigen, daß über die Ueberschüsse des Reiches 1911 bereits verfügt ist. Denn der zur Deckung von einmaligen Ausgaben der Wehrvorlage verfügbare Betrag hat nicht ausgereicht, um alle einmaligen Ausgaben der letzten Heeres- und Marinevorlagen zu bestreiten. Ein Betrag von 58 Millionen blieb dabei ungedeckt. Da aber das Jahr 1912, wie schon heute feststeht, einen nicht unbeträchtlichen Ueberschuß bringen wird, und dieser nach den Bestimmungen des Etatsgesetzes auch für einmalige Heeresausgaben verwendet werden kann, so ist es nicht unwahrscheinlich, **daß der ungedeckte Teil des kommenden Nachtragsetats in Höhe von rund 13 Millionen den Ueberschüssen des laufenden Jahres zur Last fallen wird.**"

Mit anderen Worten: die kalkulatorischen Kunststücke, mit denen man sich im Frühjahr 1912 um die Beschaffung einer soliden Deckung für die erhöhten Rüstungsausgaben herumdrückte, sollen im Frühjahr 1913 wiederholt werden. Da die Regierung nicht wagt, die Erbschaftssteuervorlage einzubringen, setzt sie die auf Bilanzverschleierung beruhende Schwindelwirtschaft fort. Sie weiß, was sie der bürgerlichen Mehrheit des Reichstags bieten kann.

Die „unkatholischen" Christen.

Die „Trierische Landeszeitung", das Organ des Bischofs Korum entrüstet sich ebenso wie es die „Germania" getan über den christlichen Bergknappen, der es gewagt hat, dem Bischof wegen seines arbeiterfeindlichen Eingreifens in den Konflikt der Saarbergleute eine gelinde Rüge zu erteilen. Sie donnert:

„Wenn jemand . . . daraus den Glauben gewinnen könnte, als sei die Kirche gegen die Besserstellung der Arbeiter, so kann er das wohl nur von solchen Arbeitern erwarten, die durch die Lektüre derartiger Hetzartikel bereits zu solchem falschen Glauben vorbereitet sind . . . Der ganze Artikel atmet einen unkatholischen Geist, eine Mißachtung der kirchlichen Autorität . . ."

Ein anderes Zentrumsblatt, die „Duisburger Volkszeitung", nennt die Sprache des Bergknappen „empörend" und „niederträchtig", und kurz und gut den christlich organisierten Arbeitern wird einmal wieder recht deutlich zu Gemüte geführt, daß ihre frommen Freunde sie in demselben Moment fallen lassen, wenn sie anders wollen als die Geistlichkeit, oder auch, nachdem sie sich ihrem Willen löblich unterworfen haben, sie leise zu kritisieren wagen.

Deutsche Politik.

Die neue Militärvorlage. Die „Magdeburger Zeitung" teilt mit, daß der Schatzsekretär Kühn es durchgesetzt habe, daß zunächst einmal ein provisorischer Plan aufgestellt wird, worin das Kriegsministerium überschlägt, was seine neuen Forderungen in runder Summe etwa kosten werden. Diese Nuß wird alsdann feierlichst ins Reichsschatzamt hinübergetragen, wo Herr Kühn versuchen mag, sie zu knacken. Ganz einfach wird das für ihn nicht sein, spricht man doch schon jetzt von Zahlen, die weit über 100 Millionen Mark hinausgehen. Und wo soll schließlich das Geld herkommen? Die voraussichtlichen Ergebnisse der Besitzsteuer, wie immer sie auch aussehen wird, bieten wenig Garantie, eine so beträchtliche Summe zu decken, umsomehr, als sie zum Teil zur Herabsetzung der Zuckersteuer festgelegt sind, und außerdem zur Beseitigung der mißglückten Wertzuwachssteuer herangezogen werden sollen. Und schon wieder neue Steuern machen, dazu dürfte die Neigung auch nicht sonderlich groß sein; also steht zu erwarten, daß noch ein heißes Ringen zwischen Kriegsminister und Schatzsekretär einsetzen wird, ehe zwischen Bedarf und Kostendeckung die notwendige Harmonie hergestellt ist.

Trotzdem es also für das nationalliberale Blatt feststeht, daß zur Deckung der Kosten der neuen Militärvorlage absolut keine Mittel vorhanden sind, wird doch die Annahme der Vorlage als einfach selbstverständlich bezeichnet. Selbst wenn die Kosten den Betrag von 100 Millionen nicht erreichen sollten, so ist doch eine Deckung nicht möglich ohne neue Steuern. Der seinerzeit mit so viel Emphase verkündete Grundsatz: „Keine Ausgabe ohne Deckung" ist schleunigst wieder zum alten Eisen geworfen worden und binnen Jahresfrist wird das Reich wieder in der schönsten Pumpwirtschaft stecken.

Parlamentarische Studienreise nach den Kolonien. In der „Tägl. Rundschau" tritt der Regierungsrat Zache vom „Hamburgischen Kolonial-Institut dafür ein, daß die Regierung den Reichstagsabgeordneten Gelegenheit bieten soll, die Kolonien kennen zu lernen. Herr Zache war Führer der kleinen Gruppe von Abgeordneten, die im Jahre 1906 nach Ostafrika gefahren ist, und er begründet seinen Vorschlag hauptsächlich damit, daß die Entscheidung über koloniale Fragen wesentlich erleichtert würde, wenn ein größerer Teil der Abgeorneten sich auf persönliche Erfahrungen stützen könne. Der Plan, den er entwickelt, geht dahin, drei Gruppen zu bilden, von denen die eine nach Ostafrika, die andere nach Südwest-Afrika und die dritte nach Togo und Kamerun gehen soll. Um den Sozialdemokraten die Teilnahme zu ermöglichen, schlägt er vor, keine Freikarten der deutschen Schiffsgesellschaften anzunehmen, sondern die Ueberfahrt einfach aus Reichsmitteln zu bezahlen. Die Reise nach Afrika würde für die Teilnehmer kosten:

Passage	1640 ℳ
Ausrüstung	300 ℳ
4 Tage à 60 ℳ (Berlin—Neapel, Neapel—Berlin)	240 ℳ
18 Tage à 20 ℳ (an Bord)	360 ℳ
45 Tage à 60 ℳ (in der Kolonie)	2700 ℳ
Summa	5250 ℳ

Herr Zache meint, daß eine solche Summe bei dem Miliardenetat des deutschen Reiches keine Rolle spielen könne. Wir glauben, daß Herr Zache den Wert solcher Reisen ganz erheblich überschätzt. Schließlich sind die Mitglieder einer solchen Expedition immer auf die Hilfe der Regierungsbeamten angewiesen; sie werden alles das zu sehen haben, was man ihnen zu zeigen für gut befindet. Es wird ihnen aber, schon der Kürze der Zeit halber, ganz unmöglich sein, sich eine tiefere Kenntnis all der Momente zu verschaffen, die schließlich bei der ganzen Kolonialpolitik mit als ausschlaggebend betrachtet werden müssen. Wie Herr Zache versichert, soll der Staatssekretär Dr. Solf dem von ihm entwickelten Gedanken sehr sympathisch gegenüberstehen.

Der erste Erfolg des Ministeriums Hertling. Das homogen-positive bayerische Ministerium hat einen Erfolg zu verzeichnen. Dieses frohe Ereignis muß mit Halleluja gebucht werden. Nach den Tagen der Niederlage endlich ein Sieg! Nach fortdauernden Erschütterungen der Autorität und Monarchie durch homogene Gesetzesverletzungen, Blamagen, Fehlschläge (Regentschaftsbeseitigung!) nun eine Bejahung, ein Positivum! Die „Bayerische Staatszeitung" meldet:

„Seine Königliche Hoheit Prinzregent Ludwig haben Sich Allergnädigst bewogen gefunden, den Gemahlinnen der aktiven Staatsminister die Hoffähigkeit mit dem ihren Gatten zukommenden Range zu verleihen, wenn sie um Vorstellung beim Königlichen Hofe nachsuchen."

Halleluja!

Protest gegen militärische Uebergriffe. Im elsaß-lothringischen Landtag haben Fortschrittler und Sozialdemokraten folgende Resolution eingebracht:

„Sind der Regierung die verschiedenen Fälle von Ausschreitungen und unliebsamen Auftritten, insbesondere von Mitgliedern der Mülhausener Garnison, bezw. dort einquartierter Regimenter, bekannt, und welche Schritte hat die Regierung unternommen, um solche Vorkommnisse für die Zukunft zu verhindern?"

Der Hansabund und die Reform des diplomatischen Dienstes. Der Hansabund hat dem Reichstag Vorschläge gemacht, die eine Reform des diplomatischen Dienstes anbahnen sollen. Als Grundsatz wird aufgestellt, daß nur persönliche Eignung und Tüchtigkeit ausschlaggebend sein darf, für die Besetzung der verantwortlichen Stellen unserer auswärtigen Missionen. Um das durchführen zu können, ist nach Ansicht des Hansabundes eine bessere Besoldung der unteren Stellen in der Diplomatie nötig. Es wird empfohlen, 870 000 Mk. zu Beihilfen an Attachees und 381 100 Mk. zu Gehaltserhöhungen für die Legationssekretäre in den Etat einzustellen. — Die diplomatische Autorität des Hansabundes ist [illegible] Reichstagsabg. Frhr. v. Richthofen, der es in seiner diplomatischen Laufbahn bis zum Legationssekretär brachte und dann kurz vor seinem Ausscheiden den Titel Legationsrat erhielt.

Wasser auf die alldeutschen Mühlen. Im „Journal d'Alsace-Loraine" veröffentlicht der frühere Reichstagsabgeordnete für Mülhausen, Aug. Lalance, einen offenen Brief, in dem er für die Elsaß-Lothringer das Recht freier Entscheidung verlangt, ob das Reichsland deutsch bleiben, oder wieder französisch werden solle.

Preußen will kein Reichswohnungsgesetz. Den Münchener Neuesten Nachrichten" wird aus Berlin gemeldet:

„Das Vorhaben der Reichsleitung, der einmütigen Aufforderung des Reichstags entsprechend ein Reichswohnungsgesetz vorzulegen, das vornehmlich die gesundheitliche Seite der Wohnungsfrage regeln sollte, ist, wie wir hören, an dem Widerspruch Preußens gescheitert. . . . Die preußische Staatsregierung, geführt vom „Minister des inneren Stillstandes", ist aber nicht nur bestrebt, einen Fortschritt der Wohnungsreform durch das Reich zu verhindern, so ndern sie will diese hochwichtige und dringende Reform auch in Preußen weiter auf die lange Bank schieben: Der 1904 unternommene, dann schnell aufgegebene und erst neuerdings wieder aufgenommene Anlauf einer Reform der Wohnungsgesetzgebung in Preußen soll noch nicht zu Ergebnissen führen: das im Entwurf fertige Wohngesetz soll diesem Landtag nicht mehr vorgelegt werden.

Wir hoffen aber, daß mit diesem doppelten Vorgehen in der Wohnungsfrage die preußische Regierung, insbesondere der Minister des Innern, eine Waffe gegen sich selbst geschmiedet hat, die im Wahlkampf recht kräftig geschwungen wird."

Ausland.

Frankreich.

Zur Präsidentenwahl wird uns aus Paris geschrieben: Die Wahl des bisherigen Ministerpräsidenten Poincaré zum Nachfolger Falliéres im Elysee-Palast bedeutet in erster Linie eine Niederlage der antiproportionalistischen Radikalen, in zweiter Linie einen Sieg jener politischen Truppen, die sich auf den Standpunkt stellen, daß der Präsident der Republik eine aktive staatsmännisch befähigte Persönlichkeit sein soll und nicht nur ein „Lakai der Legislative" oder ein „Generaloberwächter". Rein programmatisch betrachtet, ist die Ernennung Poincarés zum Präsidenten der Republik unklar. Während in Amerika Taft und Wilson innerhalb der einander gegenüberstehenden bürgerlich-kapitalistischen Parteien wenigstens zwei grundverschiedene wirtschaftspolitische Prinzipien verkörperten, konnten sich in Frankreich die Anhänger aller möglichen sozial-, wirtschafts- und verwaltungspolitischen Forderungen sowohl für Poincaré als für Pams engagieren. Nach den in Frankreich bestehenden Gebräuchen hatte weder der eine noch der andere der Kandidaten „Programme" zu verkünden, wie das in Amerika der Fall ist. So weit die Person Poincarés in Betracht kam, war es ja auch nicht nötig, da seine Tätigkeit als Ministerpräsident und die von ihm in dieser Eigenschaft abgegebenen Erklärungen genügend über seine Absichten unterrichteten. Aber Pams, den die mächtige radikale Partei zu ihrem Kandidaten ernannte, war indessen für die große Masse der Bevölkerung, die bei der Präsidentenwahl eine Zuschauerrolle spielt, ein unbeschriebenes Blatt. Und die Abgeordneten kennen ihn nicht viel besser. „Ist er für oder gegen die Wahlreform?" fragte sich noch einige Stunden vor der Wahl eine große Anzahl von Abgeordneten und Senatoren. Und während die einen meinten, daß er als Mitglied des Kabinetts Poincaré selbstverständlich ein Befürworter des Proporzes sein müsse, wiesen die anderen darauf hin, daß Pams als Kandidat von Combes und Clémenceau, den beiden Hauptführern der Antiproportionalisten unmöglich für die Wahlreform sein könne. Herr Pams hütete sich, irgend eine öffentliche Erklärung abzugeben, in der Hoffnung, so Anhänger wie Gegner der Wahlreform auf seinen Namen zu vereinigen.

Den Radikalen kam es auch garnicht darauf an, dem Kampf um die Präsidentschaft einen programmatischen Charakter zu geben. Da sie das Ministerium Poincaré seit einem Jahr unterstützten, war es ihnen unmöglich, die Politik seines Präsidenten zu bekämpfen, es war der radikalen Presse nicht einmal möglich, ihn als „unsicheren Kantonisten" zu kennzeichnen. Nachdem er gar letzte Woche den Kriegsminister Millerand schleunigst fallen ließ, als er sah, welche Aufregung durch die Wiedereinsetzung des Obersten Paty du Clam entstand, da nahm er den Radikalen die letzte Möglichkeit, ihn als Reaktionär zu verdächtigen. Bei der Reaktion hat sich Poincaré mit der Opferung Millerands wenig verscherzt. Deren Haß gegen den combistischen Kandidaten Pams (deinen fünfzig Millionen sie

zweifellos viel weniger störten, als seine Zugehörigkeit zur Freimaurerei), erwies sich als stark genug, Poincaré schon im ersten Wahlgang ihre Stimmen zuzuführen. Trotzdem kann man nicht sagen, daß der Zwischenruf berechtigt wäre, den ein radikaler Abgeordneter machte, als der Präsident der Nationalversammlung den Sieg Poincarés verkündete: „Er ist der Gewählte der Rechten!" Die Tatsache, daß sich unter den Wählern Poincarés Republikaner-„Sozialisten" (von der äußersten bürgerlichen Linken), Radikal-„Sozialisten", Radikale, Gemäßigte und Nationalisten, Klerikale und sogar Monarchisten befinden, zeigt, in welchem Ideenwirrwarr diese Wahl sich vollzog und wie schwer es ist, ihre programmatische Tragweite genau festzulegen.

Poincaré wird vielleicht ein Präsident sein, der überall eingreift und sich nicht so zurückhält, wie es seine unmittelbaren Vorgänger taten; aber dann kann es sehr leicht zu inneren Verwickelungen kommen, wie es zum letztenmal unter Castmir-Perier der Fall war, der zurücktreten mußte, als er zu „regieren" versuchte, weil ihn Parlament und Minister daran hinderten. Es ist aber ebensogut möglich, daß Poincaré zwar in den Sitzungen des Ministerrats eine viel wichtigere Rolle spielt, als Fallieres, daß er jedoch im übrigen die Ministerpräsidenten regieren läßt. Leicht wird seine Stellung jedenfalls nicht sein. Der neue Präsident der Republik, der am 18. Februar ins Elysee einziehen soll, wird sehr bald allerhand Ministerkrisen zu lösen haben. Die Frage der Wahlreform tritt jetzt in ihr entscheidendes Stadium. Vielleicht werden die Radikalen nach der schweren Niederlage, die sie in Versailles erlitten, ihren brutalen Widerstand gegenüber dem Proporz aufgeben. Dann würde es in kurzer Zeit auf Grund des neuen Wahlsystems zu Neuwahlen kommen, deren Ergebnisse garnicht vorauszusehen sind.

Das eine erscheint jedenfalls sicher: Poincarés Septenat wird von schweren inneren Kämpfen ausgefüllt sein. Innerhalb aller bürgerlichen Parteien hat sich in den letzten Monaten eine solche Zersetzung gezeigt, daß eine Neuorientierung derselben unvermeidlich ist. Nur die sozialistische Partei wußte Disziplin zu halten; die gesamte bürgerliche Presse erkennt das jetzt lobend an. Im zweiten Wahlgang fehlte von den 69 anwesenden Sozialisten nicht einer bei der Stimmabgabe für Vaillant. Die Sozialisten, die vor einigen Wochen noch geneigt waren, im zweiten Gang für Poincaré einzutreten, wenn sich die Republikaner auf ihn geeinigt hätten, dokumentierten durch ihre Haltung, daß sie an den Personenkämpfen unbeteiligt sein wollten, daß sie aber auch von der Blockpolitik, die einige Radikale als lockende Verheißung nach einem Sieg von Pams in Aussicht stellten, nichts wissen wollen. Bei den kommenden Kämpfen will sich die französische Sozialdemokratie nur auf sich selbst verlassen.

Rußland

Von der Schlüsselburg Katorga bis zur Prämiierung durch die Akademie der Wissenschaften. Aus Petersburg wird uns vom 18. Januar geschrieben: Die ehemaligen Sträflinge der russischen Bastille, der Festung Schlüsselburg, die nach dem Oktobermanifest im Winter 1905 freigelassen wurden, haben schon mehrfach gezeigt, welche Summe von Talent in jenem fürchterlichsten aller Kerker begraben und teilweise gänzlich vernichtet ward. Denn trotz der langjährigen Qualen, welche sie hinter sich haben, verfügen die Schlüsselburger, die lebend und nicht geistesumnachtet zur Menschheit zurückgekehrt sind, über eine erstaunliche Produktionskraft und Elastizität. Bekannt sind der trotz seiner 26 Kerkerjahre noch frische Marxübersetzer Lopatin, die entzückende Wera Fiegner, die noch jetzt rührende Essays veröffentlicht, der populäre Astronom und Dichter Morosow — von dessen Werken neuerdings eines auch ins Deutsche übertragen wurde —, der vor zwei Jahren verstorbene allgemein verehrte Dumaabgeordnete Karanlow und andere. Jetzt gesellt sich zu ihrer Schar noch einer, Lukaschemitsch mit Namen, der soeben für sein dreibändiges Werk „Das anorganische Leben der Erde" von der hochoffiziellen Akademie der Wissenschaften die für Gelehrte bestimmte Achmatowprämie erhalten hat. Dieses Werk hat er teilweise im Schlüsselburger Kerker ausgearbeitet und nunmehr vollendet. Es ist wohl ein einzig dastehendes Beispiel, daß ein Mann, der zwanzig Jahre hindurch hinter verschlossenen Mauern ein Leben voll der härtesten Drangsale, Mißhandlungen und Entbehrungen durchgemacht hat, die Kraft in sich findet, in der Gefangenschaft und in der Freiheit ein wissenschaftliches Werk ersten Ranges zu verfassen. Welche eiserne Genergie müssen solche Männer besessen haben! Hat doch einmal der Schlüsselburger Kerkerverwalter jemandem, der um eine einmalige Zulassung zu einem ihm nahe verwandten Sträfling nachgesucht hatte, die kennzeichnende Antwort zuteil werden lassen: „In dieses Haus kommt man hinein, aber hinaus wird man getragen." Wie viele sind in der Tat hinausgetragen worden, die in jedem anderen Lande glänzende Leistungen hätten aufweisen können!

Gerade rechtzeitig kommt die Prämiierung des Lukaschewitsch. Ruft ja die russische Gesellschaft wiederum mit Rücksicht auf das dreihundertjährige Jubiläum der Romanows immer lauter nach Amnestie. Auch der Kollege von Lukaschewitsch, der ehemalige Schlüsselburger Noworussski, appelliert an die Machthabenden Rußlands, daß sie sich zu einem Akt der Weisheit und Gerechtigkeit entschließen und die gefangenen geistigen Kräfte freigeben möchten. Allein wer möchte an die Weisheit der russischen Machthaber glauben?

Spanien.

Eine bemerkenswerte Begnadigung. Die Regierung beschloß, den in Ferrol wegen Ablehnung einer katholischen Glaubensübung verurteilten protestantischen Marinesoldaten zu begnadigen unter Hinzufügung eines allgemeinen, jeden Gewissenszwang auf nichtkatholische Soldaten abstellenden Dienstbefehls.

Japan.

Anklage gegen die Kriegskaste. Der ehemalige Premierminister Saionji erklärte heute auf der Generalversammlung der Seihukai, an dem Sturz seines Kabinetts sei einzig das Vorgehen des Kriegsministers Baron Niehara schuld, der das Werk des Finanzministers zunichte gemacht habe. Diese Reform hätte bereits 36 Millionen Yen erg[illegible] und diese Summe hätte ausgereicht, um den Steuerdruck beträchtlich zu vermindern und sein Kabinettsprogramm in Angriff zu nehmen. Die Versammlung beschloß, bei der Parlamentseröffnung ein Mißtrauensvotum gegen das gegenwärtige Kabinett zu beantragen.

Badische Politik.

Gelogen wie gedruckt.

Der „Freiburger Bote" hat die Kühnheit zu behaupten, in den weitesten Volkskreisen bedauere man die Streichung der Münchener Gesandtschaft aus dem Staatsbudget. Da hört doch alles auf. Man sieht an solchen Beispielen, mit welcher Skrupellosigkeit die Zentrumspresse die Wahrheit stranguliert.

Badische Viehstatistik.

Mit erfreulicher Beschleunigung hat das Ministerium des Innern die Viehzählung vom 2. Dezember 1912 bearbeiten lassen, sodaß deren vorläufige Ergebnisse als wertvoller Beitrag zur Frage der Fleischteuerung bereits jetzt vorliegen. Nach den vorläufigen Feststellungen wurden am 2. Dezember 1912 in Baden 649 163 Stück Rindvieh (gegen 634 046 im Jahre 1911) gezählt; der Rindviehbestand hat sich also gegenüber dem Vorjahre um 15 117 Stück oder um 2,38 Prozent vermehrt; er ist höher als in den zwei vorhergehenden Jahren, der Stand von 1907 und 1908 mit über 670 000 Stück ist jedoch nicht wieder ereicht worden. Es wird bemerkt, daß im letzten Jahre die Zucht sich außerordentlich gesteigert habe und eine starke Vermehrung der unter einem Jahr alten Rinder eingetreten sei, was für die Zukunft die günstigsten Aussichten eröffne. Die Schweinehaltung bietet ein weniger erfreuliches Bild, die Zahl der Schweine betrug bei der Zählung am 2. Dezember vorigen Jahres nach vorläufiger Feststellung 476 094 Stück (1911 500 908 Stück). Gegenüber der Zählung im Jahre 1911 haben sich also die Schweine um 24 814 Stück oder um 4,95 Prozent vermindert. Die Zahl der Schweine ist niedriger als in allen vorhergehenden fünf Jahren. Dazu bemerkt der Bericht, trotz der anhaltend hohen Preise für Schlachtschweine habe sich die Schweinezucht im Jahre 1912 nicht gehoben und die einzelnen Ergebnisse eröffneten auch für die Zukunft wenig günstige Aussichten. Bei den ½ bis unter einem Jahr alten Schweinen sei ein Rückgang gegen das Vorjahr um 24,22 Prozent eingetreten. Ebenso sei bei den Zuchtebern und Mutterschweinen eine Abnahme festgestellt worden. Es habe demnach nicht den Anschein, daß der Schweinebestand in nächster Zeit erheblich ansteige. Bei der großen Wichtigkeit der Schweinehaltung für die Fleischversorgung eröffnen sich also wenigstens nach der Zählung in Boden für die nahe Zukunft keine guten Aussichten. Da die Zunahme der Rindviehzahl die jüngsten Altersklassen betrifft, so wird es noch einige Zeit dauern, bis der Ausfall an Schweinen durch eine vermehrte Zahl von Schlachtrindern gedeckt wird.

Alles in allem: es besteht keine Aussicht, daß in absehbarer Zeit die Fleischpreise sinken. Die Grenzen aber bleiben geschlossen, das Volk muß weiter hungern.

Zur Frage des Geburtenrückgangs in Baden.

Von den größeren Gemeinden über 5000 Einwohner zeigt die größte Verminderung Kirchheim, dessen Geburtenziffer von 57,4 im Jahr 1901 auf 40,0 im Jahr 1911 zurückgegangen ist. Die entsprechende Abnahme beträgt bei Hockenheim 15,7, bei Weinheim 15,6, bei Ettlingen 15,3, bei Sandhofen 15,1 und bei Durlach 15,0 vom Tausend der Einwohner.

Während sich bei der Betrachtung der einzelnen Bezirke des Landes eine Einwirkung des Religionsbekenntnisses oder des Berufs auf den Rückgang der Geborenenzahl kaum erkennen läßt, weil nur wenige Bezirke einen einheitlichen religiösen oder wirtschaftlichen Charakter, vielmehr fast durchweg eine Mischung in beiden Hinsichten zeigen, so verändert sich das Bild, sobald man die vorwiegend oder rein industriellen Gemeinden des Landes mit den vorwiegend oder rein landwirtschaftlichen Orten, oder wenn man die rein und vorwiegend katholischen Gemeinden mit den rein bezw. vorwiegend evangelischen vergleicht. Von den 202 vorwiegend industriellen Gemeinden, in denen bei der letzten Berufs- und Betriebszählung vom 12. Juni 1907 über die Hälfte aller Einwohner dem Hauptberuf nach auf die Berufsabteilung Gewerbe und Industrie entfiel, zeigen 144 eine Abnahme der Geborenenzahl um 3444, d. s. 14,7 Proz.; in 58 vorwiegend kleineren Gemeinden ist eine Zunahme festzustellen, die insgesamt 263 beträgt. Dabei darf aber nicht unbeachtet bleiben, daß die allgemeine Geburtenzahl (auf 1000 Einwohner gerechnet) in diesen Industriegemeinden den Landesdurchschnitt nicht unbedeutend überragt. Während nämlich im Großherzogtum im Jahr 1908 auf 1000 Einwohner 33,1 Geborene kommen, lautet die gleiche Verhältniszahl für die obenerwähnten Industriegemeinden bei Weglassung der Städte mit vorwiegend industrieller Bevölkerung (Mannheim, Pforzheim, Lahr, Lörrach, Weinheim, Durlach und Villingen) 35,4. Die Kehrseite dieses Bildes zeigt sich in den vorwiegend landwirtschaftlichen Gemeinden. Greift man diejenigen Orte, in denen bei der letzten Berufs- und Betriebszählung 80 und mehr Prozent der Einwohner auf die Berufsabteilung Landwirtschaft entfielen, heraus, so ergibt sich bei ihnen gegenüber dem Jahr 1908 eine Abnahme der Geborenenzahl um 197, d. s. 5,2 Proz. Die Hälfte der Gemeinden (161) zeigt sogar gegenüber 1908 eine Zunahme der Geborenenzahl um 400. Die Abnahme (um 597) entfällt auf 152 Gemeinden. Auf 1000 Einwohner gerechnet beträgt die Geburtenziffer in diesen vorwiegend landwirtschaftlichen Gemeinden im Jahr 1908 nur 29,2, bleibt also nicht unerheblich hinter dem Landesdurchschnitt zurück.

Die Entzifferungen über das Religionsbekenntnis der Eltern der Geborenen bezw. bei unehelichen Kinder der ledigen Mutter haben zu folgendem Ergebnis geführt: Im Zeitraum der Jahre 1908/11 hat im Großherzogtum im ganzen die Zahl derjenigen Kinder, deren beide Elterteile katholisch sind, um 3257 oder 8,5 Proz., die Zahl der Kinder, deren beide Elternteile evangelisch sind, um 2767 oder 12,4 Proz. abgenommen. Bei den Ehen, in denen der Vater katholisch, die Mutter evangelisch ist, beträgt der Rückgang 523 oder 13,9 Proz., bei den Ehen, in denen der Vater evangelisch, die Mutter katholisch ist, 542 oder 15,5 Proz. Bei den rein israelitischen Familien hat sich die Zahl der neugeborenen Kinder um 92, d. s. 19,1 Proz. verringert. Zu ähnlichen Ergebnissen gelangt man, wenn man die rein katholischen, die rein oder vorwiegend evangelischen und diejenigen Gemeinden, in denen der Anteil der Israeliten an der Gesamtbevölkerung 10 Proz. und mehr ausmacht, herausgreift. Darnach hat sich die Geborenenzahl in dem Zeitraum 1908/11 in den 170 rein katholischen Gemeinden um 7,3, in den rein und überwiegend evangelischen Gemeinden um 13,2, in den 15 Landgemeinden, in denen der Anteil der israelitischen Bevölkerung zwischen 10 und 30,8 Proz. schwankt, um 9,9 Proz. verringert. Aehnlich, wie bei den Geborenen, zeigt sich auch in der Statistik der Eheschließungen im Laufe des letzten Jahrhunderts ein langsames Ansteigen bis zum Jahr 1872, wo die Höchstzahl von 14 588 erreicht wird, und von da ein ebenso langsames Sinken bis zum Jahr 1881 der Mindestzahl von 10 028. Im Zeitraum der Jahre 1882/1907 ist dann wieder eine langsame Zunahme zu beobachten, so daß im Jahr 1907 mit 16 661 Eheschließungen der Höhepunkt erreicht wird. Das Jahr 1908 weist bereits einen Rückgang gegenüber dem Vorjahr um 896, das folgende Jahr einen solchen um 339, das Jahr 1910 von 138 auf; im Berichtsjahr 1911 steigt die Zahl der Eheschließungen allerdings unbedeutend (um 50). Im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung (auf 1000 Einwohner gerechnet) ist die Eheschließungsziffer von 8,1 im Jahr 1907 auf 7,2 in den beiden Jahren 1910 und 1911 gesunken. Bei einem Vergleich der Jahre 1907 und 191 ergibt sich, daß die Eheschließungszahl in 41 Amtsbezirken zurückgegangen ist, wiewohl sich die Gesamtbevölkerung des Großher-

Der Volkspalast.

Sozialer Roman, frei nach dem Englischen des W. Besant.
Von E. Dewitt.

6 (Nachdr. verb.)

(Fortsetzung.)

Ueber all diese seltsamen Wahrnehmungen nicht wenig erstaunt, blickte Harry sich um und entdeckte, daß alle Anwesenden, mit alleiniger Ausnahme Daniel Faggs, nach derselben Richtung blickten und daß der Grund, weshalb sowohl Herr Maliphant wie sein Vetter Josephus kalt rauchten und Daniel nicht las und Seine Lordschaft noch würdevoller als sonst aussah und entgegen der bisherigen Gewohnheit Spirituosen auf dem Tische standen, nichts geringeres war als die Gegenwart eines jungen Mädchens. Diese Tatsache erschien ihm so erstaunlich, daß ihm der Atem ausging und er seinen Augen nicht trauen wollte. Dann erfolgte die Voestellung durch Frau Bornalack, deren gesellschaftliche Gewandtheit sich dabei in ihrem besten Lichte zeigte. „Unser jüngstes," sprach sie, wie wenn er ein Kind des Hauses gewesen wäre, „unser jüngstes und letztes Mitglied unserer Familie, der nette Herr Goslett. Dies ist Fräulein Kennedy, und ich hoffe, nein, ich bin überzeugt, daß Sie gute Freundschaft mit einander schließen werden; ich bin eine gute Prophetin, wie Sie ausfinden werden, und habe mich noch selten getäuscht."

Harrys Verbeugung war tadellos. Was, um Himmelswillen, so dachte er, hat dieses Wesen in Stepney Green bei Frau Bornalack zu suchen?

Ihre Haltung und ihr Benehmen überraschten ihn. Sie war in ein einfaches Kaschmirkleid gekleidet und trug weiße Manschetten, sowie um den Hals ein rotes Band. Das junge Mädchen hatte ein paar große braune Augen, die seinem Blick frei und offen begeneten, obgleich sie nicht von einem gewissen Staunen frei waren, wie es ähnlich in den seinen zum Ausdruck gelangte.

„Unser netter, spaßiger Tischler, Fräulein Kennedy," fuhr Frau Bornalack mit der Vorstellung fort. — Harry fragte sich insgeheim, welche der beiden, inbezug auf ihn gebrauchten Eigenschaften den schlechteren Eindruck mache, — „hegt gleich Ihnen den Wunsch, ein eigenes, anständiges Geschäft zu gründen und sich selbständig zu machen."

„Als ich selbst noch schneiderte," geruhte Lady Davenant zu bemerken, „blieb ich hübsch zu Hause bei meiner Mutter und Tante Keziah. Die Gründung eigener Geschäfte durch junge Mädchen galt in unserer Stadt Canaan City für unschicklich. Es soll keineswegs ein Vorwurf für Sie sein, Fräulein Kennedy, aber was sich für London schickt, schickt sich nicht für Neuhampshire."

Fräulein Kennedy murmelte einige höfliche Worte und blickte von neuem den netten, spaßigen Tischler an, aus dessen Gesicht die Röte über die Art und Weise seiner Vorstellung durch Frau Bornalack noch immer nicht verschwunden war und der bei dem Gedanken, daß er sich über eine solche Kleinigkeit aufrege, abermals zu erröten begann.

Die Fremde war also nur eine Schneiderin? Eine Schneiderin — ja — aber was für eine Schneiderin! Gab es hier viele solcher Schneiderinnen? Wenn das der Fall war, so mußte es als ein Wunder erscheinen, daß sich nicht ein ständiger Strom von Dichtern, Schriftstellern, Malern und müßigen jungen Leuten nach Stepney Green ergoß. Mit großer Genugtuung bemerkte Harry weiter die Gegenwart eines neuen Klaviers, das bestimmt niemanden anders gehören konnte als dem jungen Mädchen. Da die Unterhaltung noch immer nicht recht in Fluß geraten wollte, wendete er sich an Fräulein Kennedy mit der Bitte, ihnen etwas vorzuspielen.

Als sie darauf zu spielen begann, schlug der Zauber ihrer Musik alle Anwesenden in seinen Bann, wenngleich sich die Wirkung auf verschiedene Weise äußerte. Was Seine Lordschaft betraf, so nickte er im Takte mit dem Kopf, zwinkerte mit den Augen und lächelte herablassend, denn er sah sich im Geiste mit einer goldenen Krone auf dem Kopfe und einer kostbaren Peerrobe unter den Peers im Oberhause sitzen, während seine Freunde aus Canaan City, die er eigens zu diesem Zwecke auf seine Kosten hatte kommen lassen, ihn mit Neid und Bewunderung von der Galerie des Hauses zuschauten. Unter ihnen war auch Aurelia Tucker, die nie an ihren Titel hatte glauben wollen. Aehnlich waren die Gedanken der Gattin Seiner Lordschaft, die mit Kopf und Fingern Takt schlug und an die Rückerstattung des Familienbesitzes nebst Titel durch den König dachte. In ihrer Vision sah sie sich mit einem prächtigen, zu ihrem Besitz gehörigen Garten mit Aurelia Tucker und ihren Freundinnen aus Canaan City lustwandeln, und Aurelia war grün von Neid, obwohl sie ihr bestes Schwarzseidenes trug.

Die Wirkung der Musik auf die andern Pensionäre äußerte sich verschieden. Der melancholische Josephus Coppin neigte den Kopf auf die Hand und sah sich im Geiste als Oberbrauer, wie es ohne das Mißgeschick in seiner Jugend hätte wirklich sein können. Oberbrauer von Messenger, Marsden u. Ko. Welch eine Stellung!

Daniel Fagg seinerseits träumte von dem Tage, der seiner Entdeckung zur Anerkennung und ihm zur goldenen Belohnung verhelfen würde. Er vergegenwärtigte sich die Glückwünsche seiner australischen Freunde, wie sie sich zu seinem Empfange am Anlegeplatz des großen Postdampfers einstellten, wie sie ihm die Hände reichten und ihn hochleben ließen, ihn, den großen Daniel, der die Gelehrten Europas beschämt hatte und in der Tat ein zweiter Prophet Daniel war. Der Professor seinerseits machte sich die Extase, in die er durch das Spiel versetzt wurde, zunutze, um sich einen neuen Trick zu ersinnen, den er später auch in Form einer verblüffenden Illusion wirklich auf die Bretter brachte.

Frau Bornalack mischte sich ein großes Kelchglas mit einem steifen Grog und trank es langsam aus. Als sie damit fertig war, wischte sie sich eine Träne aus den Augen, vermutlich, weil sie des seligen Bornalack gedachte, der seinerzeit bei der großen Brauerei gewesen und vorzeitig gestorben war, weil er, selbst ein Freund von steifem Grog, der Aufnahmefähigkeit seines Magens zuviel zugemutet hatte.

Herr Maliphant zwinkerte mit den Augen, nickte mit

zogtums in dem zwischen den beiden Volkszählungen von 1905 und 1910 liegenden Zeitraum um 132 105 Personen vermehrt hat. Bis jetzt gibt aber der Rückgang der Zahl der Geborenen und der Eheschließungen zu übertriebenen Befürchtungen um so weniger Anlaß, als die Sterblichkeitsziffer im Laufe der Beobachtungsperiode 1862/1911 eine sehr erfreuliche Abnahme aufweist. Während im Durchschnitt der Jahre 1870/79 noch 29,4 von 1000 Einwohnern starben, ist die Sterblichkeitsziffer im Durchschnitt des Jahrzehnts 1890/99 auf 23,0, im Durchschnitt des Jahrzehnts 1900/09 auf 20,6 und im Durchschnitt der Jahre 1902/11 auf 19,6 auf 19,6 gesunken. Für die Jahre 1910 und 1911 beträgt sie sogar nur noch 17,5 bezw. 17,6 auf 1000 Einwohner. Besonders bemerkenswert ist der Rückgang der Kinder- und Säuglingssterblichkeit. Während noch im Zeitraum der Jahre 1870/79 rund 27 Proz. aller Lebendgeborenen im ersten Lebensjahr starben, ist dieser Anteil im Laufe der letzten Jahrzehnte auf 20 und weniger gesunken und beträgt im Jahr 1911 nr noch 17,5 Proz.

Infolge dieses starken Rückgangs der Sterblichkeit ist der Ueberschuß der Geborenen über die Gestorbenen im Großherzogtum im allgemeinen in den letzten Jahrzehnten regelmäßig angestiegen und im Zeitraum 1900/09 fast dreimal so groß als 50 Jahre vorher (26 594 gegen 9402 Personen); auch im Verhältnis zur Bevölkerung hat er sich nahezu verdoppelt (16,4 gegen 7,9 auf 1000 Einwohner). In den allerersten Jahren ist allerdings der Geburtenüberschuß von 29 468 im Jahr 1908 auf 28 832 im Jahr 1911 zurückgegangen, beläuft sich aber immer noch hoch im Durchschnitt des Jahrzehnts 1902/11 auf 13,2 für 1000 Einwohner, im Jahr 1911 noch auf 11,0.

Kündigungen von Technikern bei der großh. badischen Eisenbahnverwaltung.

Den Tatsachen entspricht es, daß von der großh. Eisenbahnverwaltung 44 Ingenieuren, Technikern und Zeichnern auf 1. Oktober gekündigt wurde. Sicherem Vernehmen nach, sollen in den nächsten 3 Jahren noch 31 Ingenieure, Architekten und Geometer, 28 Hoch- und Tiefbauwerkmeister, 59 Techniker und Zeichner sowie 11 Bauaufseher entlassen werden.

Einleuchtend ist es ja, daß ein Teil des Baupersonals nach Fertigstellung der großen Bahnhöfe von der Eisenbahnverwaltung nicht beibehalten werden kann, obwohl die Bautätigkeit bei den badischen Bahnen im nächsten Jahrzehnt und vielleicht noch länger sicher nicht stillsteht. Denn viele berechtigte Eisenbahnwünsche sind noch zu erfüllen; der mehrgleisige Ausbau bestehender Linien wird bei der steten Verkehrszunahme nicht ausbleiben; auch werden sich im Laufe der Zeit sonstige Bauten (Bahnhofsumbauten, Linienverlegungen usw.) als notwendig erweisen.

Ueberstürzungen im Entlassen von Technikern — die von der Eisenbahnverwaltung erfolgten und noch beabsichtigten Kündigungen in so großem Umfang machen diesen Eindruck — hätten daher unterbleiben sollen, damit nicht etwa die späteren Arbeiten mit neuem uneingearbeitetem Personal unter Aufwand von vielleicht recht erheblichem Lehrgeld ausgeführt werden müssen. Daß man nun trotzdem einen Teil der Techniker entläßt, hätte an maßgebender Stelle von vornherein übersehen und den betreffenden Technikern bei der Einstellung mitgeteilt werden müssen. Es wären dann die Bezahlungen der in Frage stehenden Techniker entsprechend zu bemessen gewesen. Das geschah aber nicht. Man soll sogar im Gegenteil in verschiedenen Fällen solchen Technikern Aussichten auf etatmäßige Anstellung gemacht haben, wodurch berechtigte Gehaltsansprüche niedergehalten wurden.

Wie auch die Verhältnisse liegen mögen: Kündigungen von tüchtigen technischen Beamten, von denen viele mehr als 10 Jahre bei der Eisenbahnverwaltung beschäftigt sind, dürfen als eine harte Maßregel bezeichnet werden. Privatfirmen treffen derartige Maßnahmen nur im äußersten Notfalle. Beamte mit so langer Dienstzeit werden durch die Entlassung auf das Schlimmste getroffen. Denn jede Privatfirma wird die Leute mit Rücksicht auf ihr vorgeschrittenes Alter nicht beschäftigen wollen und andererseits besteht gegen diese Techniker ein gewisses Vorurteil. Man wird sich sagen, die Tüchtigsten hat die Eisenbahnverwaltung nach so langer Dienstzeit nicht entlassen.

Unbegreiflich erscheint im Hinblick auf die vorgekommenen Kündigungen die Tatsache, daß die Generaldirektion der Staatseisenbahnen während des vergangenen Jahres neues technisches Personal (Zivilingenieure, Architekten und Techniker) eingestellt hat, obwohl doch die Kündigungen eines Teils des vorhandenen technischen Personals schon vor der Türe standen. Neueinstellungen von Technikern hätten bei der geschilderten Sachlage doch auf alle Fälle unterbleiben sollen, weil dadurch die Lage nur noch verschlechtert wird.

Jugendbewegung.

Arbeiter-Jugend. Aus dem Inhalt der soeben erschienenen Nummer 2 des fünften Jahrgangs heben wir hervor: Die Ursachen der Teuerung. — Vom Reichstag. Wie er gewählt wird. — Einer für alle, alle für einen! Eine Jugenderinnerung von Karl Wermuth. — Die häuslichen Pflichten der jungen Arbeiterinnen. Von Therese Schlesinger. — Vorsicht beim Eindauf von Schülergeigen! — Vom Kriegsschauplatz. Die Gegner an der Arbeit usw.

Beilage: Die Ausbesserung der Hanna Quinlan. Australische Erzählung von Edward Dyson (Schluß). — Wielands „Oberon". Zur 100. Wiederkehr von Wielands Todestag (mit Bild). Von Otto König. — Mit Schneeschuhen im Riesengebirge. Von Eugen Prager (mit Abbildungen). — Etwas über Musikpflege (Fortsetzung). Von A. Quist. — Bücher für die Jugend. — Winternacht. Gedicht von Nikolaus Lenau. — Die Logik der Zerstörung. Erzählung.

Die Aussperrung im Holzgewerbe.

Der Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe erläßt an seine Mitglieder die offizielle Anweisung, sich für die allgemeine Aussperrung am 15. Februar bereit zu halten. Diese Aussperrung wird nach der Ankündigung der Unternehmer 52 Städte mit 62 500 Arbeitern umfassen. Die Mitglieder des Schutzverbandes werden aufgefordert, sich mit der Vergabe neuer Akkorde so einzurichten, daß alle in ihren Betrieben beschäftigten Arbeiter, und zwar ohne Rücksicht auf deren Organisationszugehörigkeit, am 16. Februar entlassen werden können.

Mit dem gleichen Tage tritt auch der Beschluß der außerordentlichen Generalversammlung des Arbeitgeber-Schutzverbandes in Kraft, nach welchem kein Verbandsmitglied Aufträge aus den gesperrten Städten annehmen darf.

Die Arbeitgeber in den Städten, welche unter den bis 1914, 1915 und 1916 laufenden Verträgen weiter arbeiten, dürfen nach den jetzigen Kampforten weder Agenten noch Reisende entsenden, keine Anzeigen erlassen, noch auf irgendwelche andere Art Aufträge entgegennehmen.

Unter gar keinen Umständen aber dürfen während der Aussperrung fremde Arbeiter eingestellt werden.

Den Vorsitzenden der Bezirksverbände wird die Verpflichtung auferlegt, die Mitglieder des Schutzverbandes auf die vorstehend aufgeführten Beschlüsse aufmerksam zu machen und die Betriebe zu kontrollieren. Zuwiderhandlungen sind unerbittlich mit Ausschluß zu ahnden.

Nach dieser unzweideutigen Kampfesproklamation der Unternehmer ist also jegliche Friedensaussicht geschwunden. Und was ist nun das Programm des Unternehmerverbandes für den von ihm proklamierten Kampf? Die Holzarbeiter sollen gezwungen werden, der von den Unternehmern erhobenen Forderung ihre Zustimmung zu geben, daß in keinem Falle eine Arbeitszeitverkürzung unter 54 Stunden pro Woche eintreten darf und weiter wollen die Unternehmer in diesem Jahre, anstatt wie bisher üblich vierjährige Verträge zu machen, jetzt nur solche auf die Dauer von drei Jahren abschließen.

Das sind zunächst die „prinzipiellen" Forderungen des Unternehmerverbandes. In wieweit dabei die Rücksichten auf die Interessen des Gewerbes eine Rolle spielen, wird sich zweifellos ein jeder vergeblich fragen. In Wirklichkeit sind diese Fragen den Unternehmern in ihrer Gesamtheit auch vollständig gleichgültig, denn auch sie wissen, daß bereits seit Jahren im Holzgewerbe kürzere Arbeitszeiten als 54 Stunden bestehen, ja, daß diese Arbeitszeiten mit demselben Arbeitgeber-Schutzverband vereinbart worden sind, der sich jetzt auf einmal das Gegenteil zu fordern gestattet und ebenso gut wissen die Unternehmer, daß ein vierjähriger Vertrag besser ist als ein dreijähriger. Die Haltung des Unternehmerverbandes ist nicht diktiert von der Rücksicht auf die Lage des Holzgewerbes, sondern es sind organisatorische Rücksichten des Schutzverbandes und der mit ihm koalierten Unternehmerverbände des Baugewerbes, die in ihrer scharfmacherischen Blindheit glauben, die Gewerbeangehörigen würden sich unbesehen vor ihren Karren spannen lassen. Daß die Arbeiter am Ende auch noch Neigung hätten, solchen „Prinzipien" zuliebe ihren eigensten Interessen untreu zu werden, darf sich aber der Schutzverband bestimmt nicht einbilden.

Wie die Situation von den Holzarbeitern beurteilt wird, zeigte sich auf der am 18. Januar stattgefundenen Konferenz des Holzarbeiterverbandes in vollster Einmütigkeit. Zunächst befaßte sich die Konferenz mit dem Ultimatum des Arbeitgeber-Schutzverbandes, soweit es sich auf dessen materielle Zugeständnisse bezog. Es soll danach bei dreijährigen Verträgen im Durchschnitt jedes Jahr 1 Pfg. Lohnzulage pro Stunde gewährt werden und zwar zum 1. Oktober jeden Jahres. Daneben ist für 12 Orte, deren Arbeitszeit bis 58 Stunden pro Woche beträgt, je eine Stunde Verkürzung zum 15. Februar 1915 zugesagt, während für Orte, in denen schon allgemein die kürzere Arbeitszeit besteht, für den jetzt zur Verhandlung stehenden Vertrag eine Verkürzung von zwei Stunden eintreten soll, um mit den übrigen Betrieben gleich zu kommen.

Mit diesen Zugeständnissen gedachten die Unternehmer die Situation für sich zu retten und ihre grundsätzlichen Forderungen dadurch schmackhafter zu machen. Irgend welche Verhandlungen über die materiellen Fragen wurden aber strikte abgelehnt und die bedingungslose Annahme verlangt. Die Verhandlungen drehten sich um die zuerst genannten Fragen und sind auch lediglich an deren Nichterfüllung gescheitert.

Die Konferenz der Städtevertreter des Holzarbeiter-Verbandes war sich mit dem Vorstand darin in jeder Beziehung einig, daß die Haltung und die Forderungen der Unternehmer die strikteste Ablehnung erfahren müßten. Die Unternehmer haben den Kampf angesagt, die Arbeiter sind entschlossen, die gebührende Antwort darauf zu geben.

Kommunalpolitik.

Zur Beratung des Voranschlags für 1913 der Stadtgemeinde Ludwigshafen, die am Donnerstag und Freitag dieser Woche stattfindet, hat die sozialdemokratische Fraktion des Stadtrats außer dem Antrag auf **Einführung der kommunalen Arbeitslosenversicherung** noch folgende Anträge gestellt: 1. Die Lehrmittelfreiheit an der hiesigen Volksschule einzuführen und zwar vorerst für das Schuljahr 1913/14 mit der achten Volksschulklasse zu beginnen. 2. Es möge die Klassendurchschnittsziffer unserer Volksschule von zurzeit 57 Schülern innerhalb 6—8 Jahren — also nach und nach — auf 50 Schüler herabgesetzt werden. Der Anfang soll mit dem Schuljahr 1913/14 beginnen. 3. Es seien im Voranschlag 1913 Mittel einzustellen, um das Ferienheim Ramsen ausbauen zu können, damit die Anzahl der dort untergebrachten Kinder vorerst um die Hälfte vermehrt werden kann. 4. Wir beantragen die Einsetzung von 25 000 Mark in den Voranschlag für 1913 zur Stärkung des Fonds für Schaffung weiterer Badegelegenheit, um endlich der Errichtung eines Bades für den südlichen Stadtteil nähertreten zu können.

Die Zentrumsregierung in Bayern genehmigt keine Simultanisierung der Volksschulen. Der Stadtrat in Lambrecht (Pfalz) hat die Errichtung einer achten Volksschulklasse beschlossen, dies aber davon abhängig gemacht, daß diese Klasse entgegen den anderen Volksschulklassen in eine konfessionell gemischte Klasse umgewandelt wird. Gegen diesen Beschluß hat die katholische Lokalschulinspektion Beschwerde an das Bezirksamt Neustadt a. H. erhoben. Das Bezirksamt hat diese Beschwerde an die Stadtverwaltung weiter gegeben und dabei ausgeführt, daß es nicht angängig sei, bei der konfessionell getrennten Volksschule das achte Schuljahr zu simultanisieren. Der Aufbau der achten Schulklasse müßte daher auf Grundlage der konfessionell-getrennten Unterrichtsmethode geschehen. Der Stadtrat müßte sich demnach damit befassen, zwei Volksschulklassen zu errichten, wenn er auf seinem Beschluß der Einführung des achten Schuljahres verharren wollte. Eine Bürgerversammlung zu befragen hat absolut keinen Zweck, da selbst die Annahme der Kommunalschule bei noch so starker Majorität regierungsseitig nicht genehmigt würde. Es bleibt daher nichts weiter übrig, als die Frage der Einführung des achten Schuljahres so lange zurückzustellen, bis die Regierung hierin einen anderen Standpunkt eingenommen haben würde." Das heißt auf Deutsch: Solange das Hertling-Sodensche Ministerium am Ruder ist, ist keine Aussicht vorhanden, daß ein Fortschritt insbesondere in schulischer Hinsicht zu erwarten ist.

Endlich bestätigt. In Altenplos (Oberfranken) wurde viermal hintereinander ein Sozialdemokrat als Beigeordneter gewählt. Während nun das Bezirksamt Bayreuth dreimal die Bestätigung des gewählten Parteigenossen versagte, hat es nun endlich die Wahl bestätigt. Die bürgerlichen Blätter halten die Bestätigung für um so auffälliger, als der Minister des Innern, Frhr. v. Soden vor kurzem erklärt hat, daß kein Sozialdemokrat in Bayern als Gemeindevorstand werde bestätigt werden.

Bei den Gemeinderatswahlen in Ebingen erhielt jede der drei Parteien je 2 Sitze. Bisher hatten das Zentrum und die Sozialdemokratie je einen Vertreter und die nationalliberale Partei 4 Vertreter im Gemeinderat.

Bürgermeisterwahlen. Bei der Bürgermeisterwahl in Rotenberg wurde der seitherige Bürgermeister E. Menges einstimmig wiedergewählt. — Bei der Bürgermeisterwahl in Mahlberg wurde der seitherige Ortsvorstand Kromer wiedergewählt.

Bürgerausschußwahlen in Radolfzell. Nach Erledigung der Bürgerausschußwahlen, welche in der 1. Klasse dem Großblock 6 und dem Zentrum 4 Sitze einbrachten, setzt sich der gesamte Bürgerausschuß zusammen aus 34 Großblock und 26 Zentrum.

Bürgermeisterwahlen. In Suggenhausen wurde der seitherige Bürgermeister Ph. Lichtner einstimmig wiedergewählt. — In Aftersteg bei Schönau i. W. wurde der seitherige Ortsvorsteher, Fabrikant R. Dietsche, der seit 24 Jahren Bürgermeister der Gemeinde ist, wiedergewählt.

Gemeindeausschußwahl. In Vorbruch bei Blumenthal-Vegesack errang die Sozialdemokratie bei den Gemeindeausschußwahlen zum erstenmale auch in der zweiten Klasse ein Mandat; in Neuröhnebeck stieg ihre Vertreterzahl von sechs auf acht, während die Gegner nur noch vier Sitze innehaben, also in der Minderheit sind.

Gewerkschaftliches.

Ein ungestümes Verlangen nach verschärftem Arbeitswilligenschutz trägt die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung" in ihrer letzten Nummer zur Schau. Sie ist mit der Erklärung des Staatssekretärs Dr. Delbrück, die dieser bei der Etatsberatung des Reichsamts des Innern gegeben hat, durchaus unzufrieden. Eine Vertröstung auf eine Verschärfung des Arbeitswilligenschutzes bei der Aenderung des Strafgesetzbuches erscheint ihr in zu weiter Ferne liegend, da der Entwurf eines neuen Strafgesetzbuches kaum vor einem halben Dutzend Jahren fertiggestellt sein würde. Sie verlangt von der Regierung eine rücksichtslose Initiative und ein schneidiges Erfassen der gesetzgeberischen Konsequenzen des Staatsgedankens, denn jeder Tag des Verzuges trage zur weiteren Verschärfung der heute schon vollkommen unerträglicher Zustände bei, weil den Gegnern der bestehenden Ordnung der Dinge fortwährend neue Mittel in die Hand gegeben würden, ihre letzten Absichten zur Vollendung zu bringen. Da Staatssekretär Delbrück sich den scharfmacherischen Wünschen nicht zugeneigt zeigt, so meint die „Arbeitgeber-Zeitung", daß der Herr Staatssekretär des Reichsjustizamtes weniger mit dieser Sache zu tun habe, als der Reichskanzler in seiner Eigenschaft als erster politischer Beamter der Reichsgesamtheit. Versuchen wir es also einmal bei Herrn v. Bethmann-Hollweg! Mit Bezug auf die Ausführungen des Staatssekretärs, daß im Frühjahr kein Tag vergangen sei, wo er nicht Stöße von Depeschen erhielt, die um Schutz gegen die Ausschreitungen der Ausständigen baten, kennzeichnete das Scharfmacherblatt die Erklärung des Regierungsvertreters mit der Devise: Morgen, morgen — nur nicht heute!

Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung" ist im 12. Jahrgang ihres Erscheinens mit ihren maßlosen Scharfmachereien zu ziemlicher Bedeutungslosigkeit herabgesunken. Ehedem fand sie damit noch über den kleinen Kreis der Gleichgesinnten hinaus einige Beachtung. Heute aber ist auch in bürgerlichen Kreisen die Auffassung vertreten, daß für diesen scharfmacherischen Uebereifer in der deutschen Gesetzgebung und im Wirtschaftsleben wenig Raum und Boden vorhanden ist. Und wenn der endlose Schrei dieses Scharfmacherblattes und seiner kleinen Gefolgschaft in irgend welcher Form Erfolg haben sollte, dann würden die deutschen Arbeiter auch mit neuen Ausnahme

---

dem Kopfe, rieb sich die Hände und lachte stillvergnügt vor sich hin.

Fräulein Kennedy spielte eine Gavotte, dann eine zweite und schließlich eine Sonate. Ihr Vortrag war einfach, anmutig und ausdrucksvoll. Während ihres Spiels saß Harry neben dem Klavier und legte sich wiederum die Frage vor, ob sie eine Schneiderin aus Stepney Green sein könne. Wer hatte sie solchen Anschlag gelehrt? Wurde die Kunst wirklich schon Allgemeingut der Masse? Schließlich zog er aber vor, sich den Kopf nicht weiter über diese Probleme zu zerbrechen, sondern sich der Betrachtung des schönen Wesens hinzugeben, das eine so ausgezeichnete Pianistin war. Als sie aufhörte, kehrte ein jeder der Anwesenden wieder zur nüchternen Wirklichkeit zurück.

Lord und Lady Davenant erinnerten sich plötzlich, daß ihr schwieriger Fall seit ihrer Ankunft in London noch nicht die geringsten Fortschritte gemacht hatte.

Dem Schreiber aus der Brauerei fiel es ein, daß sein Wocheneinkommen noch immer nicht mehr als dreißig Schillinge betrug und daß er den Kauf eines Paar Stiefel mit festen Sohlen nicht länger hinausschieben dürfe.

Den gelehrten Daniel Fagg überlief ein Schauer bei dem Gedanken an seine Armut und die immer mehr zunehmende Schwierigkeit, Abnehmer für sein Buch zu finden, die den Preis im voraus bezahlten.

Herr Maliphant hörte auf zu lachen und schüttelte das mit tausend Furchen bedeckte Gesicht, nicht ohne Erstaunen, daß ihn das Spiel hatte derart ergreifen können.

(Fortsetzung folgt.)

Eingegangene Bücher und Zeitschriften.

(Alle hier verzeichneten und besprochenen Bücher und Zeitschriften können von der Parteibuchhandlung bezogen werden.)

Der Arbeiter-Radfahrer. Organ für die Interessen der Arbeiter-Radfahrer. Erschienen ist die Nr. 2 des 19. Jahrgangs. Aus dem Inhalt: Biegen oder brechen. Die andern Verbände und wir. Automobilistische Raserei im Urteil anderer. Die Londoner Motor- nd Fahrrad-Ausstellung. Sprachgeschichtliches vom Rad. Durch die Dolomiten nach Venedig. Zeitvergeuden heißt Leben vergeuden.

Plutus. Kritische Wochenschrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen (Herausgeber Georg Bernhard). Inhalt vom 3. Heft des zehnten Jahrganges: Börsenausschuß. — Jessenitz. — Deutscher Bank-Kalender (4. Quartal 1912). Von Dr. Jos. Loewe-Berlin. — Revue der Presse. — Aus den Börsensälen. — Kino. — Aktuelle Warenzeichen. — Kali unter Kuratel. — Geheime Beweisaufnahme. — Gedanken über den Geldmarkt. Von Justus. — Plutus-Merktafel. — Antworten des Herausgebers. — Waren des Welthandels (Seide). — Neue Literatur. — Generalversammlungen. — (Abonnement vierteljährlich per Post, Buchhandlung und direkt vom Plutus Verlag 4,50 Mk. Probehefte gratis in jeder Buchhandlung und vom Plutus Verlag, Berlin W. 62, Kleiststr. 21.)

gesetzen fertig werden, wie sie auch die früheren ausnahmegesetzlichen Bedrückungen bei erheblich schwächeren Organisationen überwunden haben. Das lehrt die Geschichte der Arbeiterbewegung.

Die Differenzen in der Schuhwarenfabrik von Bernh. Roos in Speyer sind zugunsten der Arbeiter beigelegt.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 22. Januar.

Präsident Dr. **Kaempf** eröffnet die Sitzung um 1.15 Uhr. — Am Bundesratstisch ist Staatssekretär Dr. Delbrück erschienen. — Ein Antrag des fürstlich Lippeschen Amtsgericht 2 in Blomberg mit Genehmigung eines Privatklageverfahrens gegen den Abg. Neumann-Hofer (Fortschr. Vpt.) wegen Beleidigung wird, entsprechend dem Kommissionsantrag, abgelehnt. — Die zweite Beratung des Etats des

Reichsamts des Innern

wird fortgesetzt und zunächst über die Resolutionen, die aus dem vorigen Jahr stammen, abgestimmt. Es liegen 53 Resolutionen zur Abstimmung vor, von denen die meisten, soweit sie von den bürgerlichen Parteien beantragt sind, angenommen werden. Abgelehnt werden nur einige von den Sozialdemokraten oder den Polen beantragte Resolutionen wegen des Achtstundentags, des Ausbaus des Arbeiterschutzes in der Groß-Eisenindustrie, in den Zink- und Eisenhütten, der Einführung eines Reichseisenbahngesetzes, der Einsetzung einer Reichsbehörde zur Untersuchung von Bergbauunfällen, einer obligatorischen Viehversicherung usw. In mehrfacher Hinsicht sind indessen die die gleichen Gegenstände behandelnden Resolutionen der bürgerlichen Parteien angenommen worden.

Bei der Abstimmung über die Resolution der Polen auf Förderung von Versuchen mit künstlichem Regen bleibt die Abstimmung zweifelhaft. Es muß Hammelsprung stattfinden. Dafür stimmen 171, dagegen 158 Abgeordnete. Die Resolution ist somit angenommen. In der weiteren Abstimmung wird die Resolution auf Verbot der Naturverschandelung durch Plakate und Bretter-Reklame angenommen. Abgelehnt werden die Resolutionen betreffend das Verbot der Schaustellung von Angehörigen fremder Rassen, ein Reichsamt für die deutsche Sprache und die Verwendung nicht deutscher Geschäftsbezeichnungen. Angenommen wird dann eine Resolution auf Heranziehung der Fabrikbetriebe zu den Kosten der Lehrlingsausbildung, ferner Resolutionen betreffend die bessere Wahrung und Förderung des Handwerks in der Konkursordnung, die Beaufsichtigung der Syndikate und Kartelle, das Verbot der Wanderlager, das Verbot des versteckten Warenhandels, die Verschärfung des Gesetzes über die Abzahlungsgeschäfte, die Einschränkung der Gefängnisarbeiten und die Fernhaltung ausländischer Hausierer.

Sodann wird die Resolution der Konservativen betreffend das Verbot des Streikpostenstehens in namentlicher Abstimmung mit 282 gegen 52 Stimmen abgelehnt.

Darauf wird die Beratung über den Etat beim Titel Beiträge für die Zentralstelle für Volkswohlfahrt fortgesetzt.

Abg. **Schultz** (Soz.)

führt Beschwerde darüber, daß diese Zentralstelle an der Spitze der Organisation zur Bekämpfung der Sozialdemokratie marschiere. Die Taktik dieser Zentralstelle könnte den Sozialdemokraten ja gleichgültig sein, wenn es sich um ein Privatunternehmen handelte, aber diese Stelle bekomme Unterstützung vom Reich und deshalb müßten die Sozialdemokraten dagegen protestieren, daß die Zentrale Politik nach dem Muster des Reichsverbandes treibe. **Nicht wir Sozialdemokraten nützen die Jugend zu parteipolitischen** Zwecken aus, **sondern die Bürgerlichen** durch die Errichtung von Jugendwehren, in welchen die Jugendlichen zu kleinen Soldaten gemacht werden. Unsere Jugendbildung unterdrückt man. Aber bei den Jugendwehren duldet man alles. So sehr unsere Jugendbewegung zurückgedrängt wird, um so mehr wird die

bürgerliche Jugendbewegung gehätschelt.

Die bürgerlichen Jugendvereine können auch ganz ruhig Politik treiben. Bei denen läßt man es zu, daß die Kinder gegen die Sozialdemokratie scharf gemacht werden. Der Jungdeutschlandbund treibt systematisch eine Kriegsverherrlichung und macht hurrapatriotische Veranstaltungen. Ein hoher General des Jungdeutschlandbundes hat vor kurzem gesagt: Wenns nur endlich losginge! Das ist bezeichnend für die Denkungsart der verantwortlichen Stellen. Die ganze Jugendschutzbewegung hat nur den Zweck, der Sozialdemokratie die Jugend zu entziehen. Wir wollen aber nicht, daß die Kinder der Arbeiter gegen die Eltern verhetzt werden.

Vizepräsident **Paasche** teilt mit, daß bei der Abstimmung mehrere Resolutionen übergangen worden sind, über die morgen abgestimmt werden soll.

Prinz zu **Schönaich-Carolath** (natl.): Ich verstehe nicht, wie sich die Sozialdemokratie darüber wundern kann, daß auch die bürgerliche Gesellschaft sich ihrer Pflicht bewußt wird und sich in hervorragendem Maße der Jugendfrage widmet. Die Nachäfferei des Soldatentums verurteilen auch wir. Wir wollen, daß die glorreichen Traditionen aus der Geschichte unseres Volkes der Jugend erhalten bleiben.

Abg. **Pieper** (Ztr.): Von einer Bekämpfung der Sozialdemokratie durch die Zentralstelle kann keine Rede sein. Wenn die Sozialdemokratie diesen Titel ablehnt, so stimmen wir ihm um so lieber zu.

Unterstaatssekretär **Richter**: Die Zentralstelle für Volkswohlfahrt ist eine Privatanstalt, an deren Leitung Mitglieder aller bürgerlichen Parteien beteilgt sind. Wir haben keinen Anlaß, dieser Organisation unsere Unterstützung zu entziehen.

Abg. **Bruckhoff** (Fortschr. Vpt.): Die Sozialdemokraten beklagen sich darüber, daß die Jugendpflege-Organisation der Sozialdemokratie die Jugend abspenstig machen soll. Was bezwecken denn die sozialdemokratischen Jugendorganisationen? — Vizepräsident Paasche bittet, beim Thema zu bleiben.

Abg. **Davidsohn** (Soz.):

Hinter der Zentralstelle für Volkswohlfahrt steht eine ganz bestimmte politische Klique, die für ihre Bestrebungen überwiegend aus staatlichen Mitteln unterstützt wird. Das ist nicht in Ordnung und daher lehnen wir die Forderung ab. Die proletarische Jugend gehört in erster Linie den proletarischen Eltern. Und diese dürfen daher auch nicht aus der Erziehung ausgeschaltet werden. Die Zentralstelle wird vom Reich unterstützt, hält es aber nicht einmal für nötig, ihre Schriften der Reichstagsbibliothek zur Verfügung zu stellen.

Ministerialdirektor **Lewald**: Auf den im vorigen Jahr in der Budgetkommission ausgesprochenen Wunsch hin ist mit Recht eine Sammlung aller Schriften der Zentralstelle für Volkswohlfahrt veranstaltet und diese dem Präsidenten des Reichstags übersandt worden.

Abg. **Bell** (Ztr.): Die sozialdemokratische Jugendorganisation soll nur parteipolitischen Zwecken dienen. Bei der Zentralstelle kann davon keine Rede sein. Die Unterstützung der Zentralstelle muß im nächsten Etat erhöht werden.

Nach weiterer Debatte wird der Titel bewilligt. — Es folgt der Titel Belastung des Reichs aus den auf Grund der Reichsversicherungsordnung zu gewährenden Leistungen. Hierzu beantragt die Budgetkommission eine Resolution, neue Berechnungen über die Belastung des Reichs und der Versicherten aus der Hinterbliebenenversicherung anstellen zu lassen. Sollte sich ergeben, daß höhere Renten gewährt werden könnten, dann solle dem Reichstag schleunigst eine entsprechende Vorlage gemacht werden.

Abg. **Molkenbuhr** (Soz.):

Die Vorwürfe, die man seinerzeit bei Beratung der Reichsversicherungsordnung den Sozialdemokraten gemacht hat, werden durch die jetzt vorliegenden Berechnungen widerlegt. Daß eine Erhöhung der Hinterbliebenen-Rente dringend notwendig ist, kann man ohne weiteres zugeben.

Ministerialdirektor **Caspar**: Die Berechnungen Molkenbuhrs treffen nicht zu. Die Witwenrenten sind im letzten Jahr von 92 im ersten auf 1800 Mk. im letzten Vierteljahr gestiegen. Hierzu kommt noch, daß der Anspruch auf die Rente noch im Zeitraum von zwei Jahren nachträglich geltend gemacht werden kann. Im vorigen Jahre sind außerdem angemeldet worden: 40 000 Witwenrenten und 14 000 Waisenrenten.

Abg. **Gothein** (Fortschr. Vpt.): Unser Verlangen ist berechtigt, eine klare Berechnung in Form einer Denkschrift zu bekommen, um so ein Urteil über die tatsächliche Wirkung der Versicherung zu erhalten. Das Reichsamt des Innern hätte die Bernhardsche Schrift studieren sollen, um seine Maßnahmen darnach einzurichten. Soviel die Versicherung auch zu wünschen übrig läßt, so stellt sie sich doch als einen hervorragenden sozialen Fortschritt dar.

Staatssekretär Dr. **Delbrück**: Die Bernhardsche Schrift ist bereits durch einen Vortrag des Präsidenten des Reichsversicherungsamts und auch durch die Literatur widerlegt worden. Ich werde die auf dem einschlägigen Gebiet geltenden Bestimmungen demnächst zusammenfassen lassen.

Abg. **Giesberts** (Ztr.): Professor Bernhard steht mit seiner Ansicht leider nicht allein da. Eine große Klique von Scharfmachern versucht im Ausland gegen unsere sozialpolitische Gesetzgebung Stimmung zu machen.

Nach weiterer Debatte wird der Titel bewilligt und die Kommissionsresolution angenommen. Weiterberatung morgen 1 Uhr. Der Präsident stellt eine Abendsitzung für morgen in Aussicht.

Schluß 6,45 Uhr.

Gerichtszeitung.

* **Mannheim**, 21. Jan. Das Schwurgericht verhandelte gestern gegen den 19 Jahre alten Gipser A. Benzinger aus Feudenheim, der am Abend des 8. Dezember im Hause Eichendorffstraße 9 seine Mutter, die er mit einem Liebhaber überraschte, nachdem er die Türe ihres Schlafzimmers gewaltsam zertrümmert und mehrere Schüsse in das unerleuchtete Zimmer abgegeben hatte, durch eine Reihe von Messerstichen getötet hat, während der Liebhaber, der verheiratete Maurermeister Josef Fortne von Feudenheim nur dadurch seinem Schicksale entging, daß er sich tot stellte. Die Geschworenen erklärten den Angeklagten der Körperverletzung mit nachgefolgtem Tode und der Bedrohung schuldig, worauf das Urteil auf zwei Jahre Gefängnis lautete.

* **Mannheim**, 22. Jan. Das Schwurgericht verurteilte den 20jährigen Taglöhner L. Hönig von Sandhofen wegen Körperverletzung mit nachgefolgtem Tode zu 1 Jahr Gefängnis. Der Angeklagte hatte mit zwei Burschen einen Ausflug nach Hockenheim gemacht und dort kam es zu Streitigkeiten mit anderen Burschen, H. wurde angegriffen und stieß darauf dem Zimmermann Biering aus Kirchheim das Messer in den Rücken. Es trat Blutvergiftung ein und der Gestochene starb.

* **Freiburg i. Br.**, 22. Jan. Wegen Mordversuchs hatte sich der 25jährige vorbestrafte Bäckergeselle R. Gutgesell von Pfaffenweiler vor den Geschworenen zu verantworten. Der Angeklagte war beschuldigt, im Oktober letzten Jahres in Oehlinsweiler den 40jährigen Taglöhner A. Hauri in seiner Behausung überfallen und mit Hammerschlägen so schwer verletzt zu haben, daß Lebensgefahr bestand. Die Geschworenen bejahten die Frage auf versuchten Mord und Gutgesell wurde zu 3 Jahren 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

-t. **Freiburg**, 22. Jan. Zwischen hier und dem Dorfe Littenweiler wurde in der Sonntagnacht des 8. Dezember der Bautechniker Stibbal von dem 21 Jahre alten Metzgergesellen Albert Hegele aus Veringenstadt (Hohenzollern) überfallen. Hegele, der hier in Freiburg arbeitete, nahm nach heftiger Gegenwehr dem Stibbal den Ueberzieher weg, in welchem sich ein kleiner Geldbetrag in österreichischen Kronenstücken befand und flüchtete damit. Der Täter wurde heute vom Schwurgericht wegen Raubs zu 1 Jahr 4 Monaten Gefängnis und 1 Jahr Ehrverlust verurteilt. Als Kuriosum mag die Tatsache Erwähnung finden, daß Hegele während der Untersuchungshaft mit seiner Braut im Gefängnis Hochzeit „feierte".

* **Konstanz**, 21. Jan. Das Schwurgericht verurteilte den 34jährigen verheirateten Holzhauer L. Bernauer von Todtmoos-Weg, der im November v. J. sein Oekonomie- und Wohngebäude in Brand gesteckt hatte, mit denen noch zwei weitere Gebäude niederbrannten, zu 2 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust.

Aus dem Lande.

* **Bretten**, 21. Jan. Der 66jähr. geistesgestörte Weber Chr. Schmidt war in den Wald gegangen, um Holz zu suchen, kehrte aber nicht wieder zurück. Der Vermißte ist nun auf freiem Felde in erstarrtem Zustand tot aufgefunden worden. Er ist allem Anschein nach erfroren.

* **Mannheim**, 21. Jan. Aus Liebeskummer trank eine 21 Jahre alte Arbeiterin in ihrer elterlichen Wohnung hier in selbstmörderischer Absicht Chloroformöl. Sie wurde in bewußtlosem Zustand mittelst Krankenautomobils in das Allgem. Krankenhaus verbracht. — Vor dem Hause L 10, 12 brach gestern abend ein 32 Jahre alter Maler aus Köln-Kalk infolge eines Blutsturzes zusammen. Auch er wurde mittels Sanitätswagens nach dem Allgem. Krankenhaus überführt.

* **Mannheim**, 22. Jan. In die Vergiftungssache Steffens bei der Firma C. F. Böhringer u. Söhne ist laut „Volksst." jetzt Licht gekommen. Von den beiden Verhafteten hat der eine, J. Wolf, die Tat eingestanden. 3 Monate hat er hartnäckig geleugnet und die Tat durch Verdächtigung anderer Arbeiter von sich abzuwälzen versucht. Er spielt jetzt den Verrückten. Der andere Mitverhaftete wurde wieder auf freien Fuß gesetzt, denn seine Unschuld ist erwiesen.

* **Heidelberg**, 22. Jan. Der Seismograph der Königstuhlsternwarte verzeichnete am Sonntag abend ein schwaches Fernbeben und in der folgenden Nacht das zweite Fernbeben.

* **Wertheim**, 22. Jan. Auf dem hiesigen Bahnhof verunglückte der in Bestenheid wohnende Rangierer Zembsch dadurch, daß er beim Aufspringen auf eine Maschine zwischen den Einfahrtsposten der Maschinenhalle und die Lokomotive gedrückt wurde. Der Verunglückte erlitt sehr schwere Quetschungen.

* **Sulzburg**, 22. Jan. Im hiesigen Militärgenesungsheim werden dieser Tage eine größere Anzahl Soldaten vom 1. Bat. des 3. Eisenbahnregiments in Hana eintreffen. Es sind dies Rekonvaleszenten von der im genannten Truppenteil ausgebrochenen Typhusepidemie, welche mehrere hundert Soldaten aufs Krankenlager warf, und von denen 14 der Krankheit erlagen. Von den wiederhergestellten Soldaten erhalten eine Anzahl einen 6wöchentlichen Heimatsurlaub, während diejenigen, die eine besonders durchgreifende Erholung bedürfen, hierher in den bad. Schwarzwald kommen.

* **Lahr**, 21. Jan. In Heiligenzell machte der 63jähr. Glaser K. Hübel seinem Leben durch Erhängen ein Ende. Der Kummer über den Tod seiner vor einigen Tagen verstorbenen Frau hat den Mann in den Tod getrieben.

* **Freiburg**, 21. Jan. Ein 58 Jahre alter Dienstknecht geriet gestern infolge Scheuwerdens der Pferde unter den von ihm geführten Sandwagen. Der Mann erlitt dadurch so schwere Verletzungen, daß er nach wenigen Augenblicken starb.

* **Freiburg i. Br.**, 22. Jan. Nach einer Blättermeldung soll hier eine Zentrale zur Bekämpfung des Saccharinschmuggels errichtet werden.

* **Littenweiler**, 21. Jan. Heute nacht entstand in der hiesigen Schuhfabrik der Firma Scheffert ein Brand. Das Feuer griff bei dem herrschenden Sturmwind derart schnell um sich, daß das große Anwesen nahezu vollständig niederbrannte. Der Schaden ist sehr erheblich. Man nimmt an, daß das Feuer auf Brandstiftung zurückzuführen ist. Untersuchung wurde eingeleitet.

* **Kenzingen**, 22. Jan. Fabrikant Heppe hat zum ehrenden Andenken an seine verstorbene Mutter dem Spital Herbolzheim 85 000 Mk. gestiftet und der evangelischen Kirchengemeinde dort zur Tilgung der Bauschuld noch eine weit höhere Summe zukommen lassen.

* **Wolfach**, 22. Jan. Die Dynamitexplosion hat nun noch ein viertes Opfer gefordert; der Arbeiter Schoch ist gestern seinen Verletzungen erlegen. Die Nachricht, daß einer der Verletzten schon am Samstag gestorben sei, ist nicht richtig. Es trifft auch nicht zu, daß der Schuldige, der das Unglück verursachte, der Arbeiter Groß ist. Das Unheil ist auf den Arbeiter J. Kaspar zurückzuführen; er befindet sich in Untersuchungshaft.

* **Müllheim**, 21. Jan. Ueber das Vermögen des Goldwarenhändlers Kallmann, der kürzlich sich vergiftete, wurde der Konkurs eröffnet.

* **Oberrimsingen**, 21. Jan. Ein Soldat vom Artillerie-Regiment in Neubreisach wurde in einem Rebstück auf hiesiger Gemarkung in halberstarrtem Zustande aufgefunden. Schon seit 6. Januar hatte der Soldat sein Regiment verlassen. Er wurde mittelst Sanitätswagens in seine Garnison zurückgebracht.

* **Kehl**, 21. Jan. Anläßlich eines Maskenballes kam es in vorletzter Nacht infolge eines Streites zwischen hiesigen Burschen und Schiffern zu großen Ausschreitungen. Es wurde dabei mit Revolvern geschossen. Mehrere Personen sind verletzt.

* **Untermünstertal**, 21. Jan. Der 39 Jahre alte Sohn des Landwirts J. Schelb dahier ist seit etwa 2 Wochen verschwunden. Alle bisher angestellten Nachforschungen über den Verbleib des Vermißten haben keinen Erfolg gehabt.

* **Görwihl**, 21. Jan. Hier brannte am letzten Sonntag das Doppelhaus der Landwirte Gaßmann und Schlachter vollständig nieder. Gaßmann wurde unter dem Verdacht der Brandstiftung verhaftet und in das Amtsgefängnis Waldshut eingeliefert.

* **Wolfach**, 21. Jan. Leider hat das schwere Dynamit-Explosionsglück im Stadtwald zu Wolfach noch 2 weitere Opfer gefordert. Am Sonntag ist der Arbeiter Pöschel seinen schweren Verletzungen erlegen, und am Dienstag früh der Arbeiter Schoch gestorben. In dem Befinden des gleichfalls schwer verletzten Arbeiters Spöttel ist eine Besserung eingetreten, sodaß Hoffung besteht, ihn am Leben zu erhalten. Das schwere Explosionsunglück hat nun 4 Opfer gefordert.

* **Reibsheim**, 21. Jan. Das Anwesen des Bäckers Hauck dahier wurde gestern abend durch Feuer zerstört. Das Vieh und einige Fahrnisse konnten gerettet werden. Ein 13 Jahre alter Knabe namens Paul Batz aus Pforzheim, der hier bei einem Landwirt in Armenpflege gegeben war, soll den Brand gelegt haben. Er wurde unter dem Verdachte der Brandstiftung verhaftet.

* **Aus Baden**, 21. Jan. Wie in der Rheinebene, so hauste auch auf dem Schwarzwald in der vergangenen Nacht und am heutigen Tag Sturmwetter. An den Drahtleitungen und in den Waldungen wurde erheblicher Schaden angerichtet. Vom Schwarzwald wird zum Teil Tauwetter (Triberg), zum Teil neuer Schneefall (Feldberg) gemeldet.

Aus der Partei.

Zeuthern, 20. Jan. Am Sonntag, 19. Jan., fand hier eine öffentliche Volksversammlung statt, in welcher Landtagsabgeordneter Gen. Weber aus Durlach über „Die politische Lage" referierte. Redner verstand es vortrefflich, den „Segen" der indirekten Steuern und Zölle für das arbeitende Volk darzulegen, wer sie bezahlt und wem sie nützen. In sozialpolitischer Hinsicht sei noch viel zu wünschen übrig. Redner führte einige krasse Beispiele an und betonte, daß es besser wäre, die vielen Millionen, die für Kolonien verwendet werden, im Inland anzulegen für die Arbeiterversicherung und für landwirtschaftliche Kulturzwecke. Alsdann kam der Redner noch auf die badische Politik zu sprechen, wobei er eingehend die letzten Vorgänge im Landtage schilderte. Der reiche Beifall bekundete die volle Befriedigung der Besucher.

Durmersheim, 20. Jan. Am Sonntag, 19. Jan., fand unsere diesjährige Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins statt, welche ziemlich gut besucht war. Bei Punkt Neuwahl des Gesamtvorstandes wurde gewählt: Als 1. Vorsitzender Gen. Wilh. Heck, Bierbrauer, als 2. Vorsitzender Gen. Karl Herrmann, Heizer als Kassier ebenfalls Gen. Heck, als Hilfskassier Gen. Karl Kühn, Schreiner, und als Schriftführer Gen. Wilh. Manz, Taglöhner. Parteigenossen! Werbt und agitiert zur Gewinnung von neuen Kämpfern und für unsere Parteipresse. Bemerken möchten wir noch, daß unser Genosse Lukas Heck, Gipser, durch das Ableben seiner Ehefrau das vom Wahlverein ausgesetzte Sterbegeld in Höhe von 30 Mk. sowie einen Extrazuschuß von 10 Mk. erhalten hat und spricht derselbe hiermit seinen herzlichsten Dank aus.

Neues vom Tage.

Entdeckter Verbrecher.

Berlin, 21. Jan. Durch einen Zufall ist es gelungen, einen seit 4 Jahren flüchtigen Mörder, den Schleifer Wilhelm Bierwagen, der im Jahre 1909 seine Frau ermordete, festzustellen. Er verbüßte in der Strafanstalt Sonnenberg unter falschem Namen eine Strafe. Der entlarvte Verbrecher wurde sofort nach Berlin transportiert und befindet sich jetzt im Moabiter Untersuchungsgefängnis.

Kindermord aus Aberglauben.

Moskau, 21. Jan. In einem Dorfe im Gouvernement Nowgorod sind zwei Kinder im Alter von 4 und 6 Jahren nach mehrtägigem Suchen im Walde ermordet und verstümmelt aufgefunden worden. Der Brustkorb und der Leib waren aufgerissen und Herz, Leber und Gedärme fehlten. Der Zweck des Mordes war, aus Kinderfett Kerzen zu machen, die nach der Meinung russischer Diebeskreise den Dieb vor Nachforschung sichern mö-

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 23. Jan.

Die Tarifbewegung der Buchdruckereihilfsarbeiter.

Zwölf Wochen stehen nunmehr die Buchdruckereihilfsarbeiter von Karlsruhe im Kampf mit den Buchdruckereibesitzern. Trotzdem sich einige Behörden bereit gezeigt hatten, die Vermittelung zu übernehmen, zeigen die Buchdruckereibesitzer noch immer keine Bereitwilligkeit in Verhandlungen, welche zur Beilegung des Ausstandes führen könnten, einzutreten. Diese beharrliche Weigerung, überhaupt in Verhandlungen einzutreten, zeigt der Bevölkerung deutlich, von welcher Art die sonst im deutschen Reiche wegen ihrer sozialpolitischen Einsicht so viel gepriesenen Buchdruckereibesitzer, auch hier in Karlsruhe sind. Diese Herren stellen sich den Behörden gegenüber so hin, als ob sie selbst die reinsten Engel seien und nur die unzufriedenen Hilfsarbeiter einzig und allein die Schuld daran trügen, daß keine Verständigung zustande gekommen sei. Diese Behauptung versucht man mit einer Reihe Vorkommnisse zu beweisen, um dadurch bei den Uneingeweihten den Schein zu erwecken, als hätten die Buchdruckereibesitzer von vornherein mit der Hilfsarbeiterschaft Verhandlungen geführt und die Ergebnisse dieser Verhandlungen würden nun von den Hilfsarbeitern nicht eingehalten. Dies trifft in keiner Weise zu.

Die Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen haben ihren ersten Tarif, welcher im Jahre 1906 allerdings auch erst durch Arbeitsniederlegung zustande kam, jederzeit treu und gewissenhaft eingehalten, — was man für diese Zeit nicht in allen Punkten von den Prinzipalen sagen kann. Wie arbeiter- und tariffreundlich die Karlsruher Prinzipale sind, geht auch daraus hervor, daß dieselben es mit waren, welche vor Ablauf des alten Tarifes, an die Hauptleitung des Deutschen Buchdruckervereins mit dem Antrag herantraten, daß die Arbeitszeit der Hilfsarbeiterschaft täglich um eine halbe Stunde verlängert werden solle. Ob sie nicht noch mehr solcher menschenfreundlichen Anträge gestellt hatten, entzieht sich unserer Kenntnis. Als dann kurz vor Ablauf des alten Tarifs durch die Vermittelung des Tarifamtes doch wieder ein neuer Hilfsarbeitertarif zustande kam, da blieben die so überaus tariffreundlichen Karlsruher Prinzipale wieder den Verhandlungen fern. Zurzeit ist dieser Tarif in 17 Orten Deutschlands eingeführt. (Während der Zeit des Ausstandes sind zwei weitere Orte dazu gekommen.) Im Laufe der Zeit werden noch weitere Orte wohl einsehen müssen, daß es vorteilhafter ist, mit der Arbeiterschaft in Frieden zu leben, als ständigen Beunruhigungen ausgesetzt zu sein. —

Unterm 6. Januar 1912 erhielten wir von Herrn Vogel, Vorsitzender des Bezirksvereins Karlsruhe des Deutschen Buchdrucker-Vereins ein Schreiben, worin uns mitgeteilt wurde, daß man 7½ Prozent Aufschlag auf alle Löhne sowie die alten allgemeinen Bestimmungen aufrecht erhalten wolle. In diesem Schreiben hieß es aber dann auch weiter, daß man sich unter keinen Umständen auf etwas anderes einlassen werde. Der ganze Brief war schon auf einen provokatorischen Ton gestimmt, sodaß es nur das Verdienst der Verbandsleitung war, wenn es nicht schon damals zum Kampfe kam. Die Arbeiter waren in keiner Weise damit zufrieden. Die Annahme der angebotenen Lohnerhöhung wurde verweigert, man glaubte, daß die Herren sich noch eines Besseren besinnen und die in der Berliner Verhandlung beschlossenen Zulagen — welche nach der Höhe des Lohnes prozentual abgestuft sind, zur Einführung bringen würden. Statt dessen versuchte man die Geschlossenheit der Hilfsarbeiterschaft zunichte zu machen. Diese wurden einzeln bearbeitet. Man bot fortgesetzt die 7½ Prozent, unter Drohungen aller Art, sodaß ein Teil der Arbeiter dadurch mürbe gemacht, bereit war, um endlich Ruhe zu haben, den Prinzipalen nachzugeben. Daraufhin gab der Verband seinen Mitgliedern die Annahme der Zulagen frei ohne sich jedoch als Verband an eine feste Abmachung mit den Prinzipalen einlassen zu können, da für den Verband nur die neuen, in Berlin abgeschlossenen allgemeinen Bestimmungen (welche nebenbei erwähnt, auch für die Prinzipale eine Reihe Verbesserungen enthalten u. a. Haftung des Verbandes bei Kontraktbruch seiner Mitglieder) als Grundlage dienen können. Die Mitglieder waren fest entschlossen, in einem späteren Zeitpunkt sich die Aufnahme in die Tarifgemeinschaft noch zu erringen.

So ist der Sachverhalt bis zum Ausbruch des Kampfes. Dieser steht jetzt schon in der zwölften Woche. — Die lange Dauer haben jene Menschen auf dem Gewissen, die es seither mit sich vereinbaren konnten, den Prinzipalen jetzt ihre Dienste zu widmen, sowie jene Arbeiter, welche gezwungen wurden, solche Leute anzulernen. Der Tarif der Buchdrucker bestimmt zwar, daß unter gewissen Voraussetzungen Streikbrecher angeheuert werden müssen! Ob man aber, wenn dieser Zustand ein permanenter (andauernder) wird, verpflichtet ist, diesen für organisierte Arbeiter doch unwürdigen Zustand mit Engelsgeduld zu ertragen, möchten wir doch bezweifeln. Nach Ausspruch vieler Maschinnmeister erleiden eine Reihe von ihnen durch den fortgesetzten Aerger mit ständig neuem Personal schweren Schaden an ihrer Gesundheit. Gegenüber dieser Tatsache sollte es doch auch für die in Frage kommenden Buchdrucker noch andere Mittel und Wege geben, diesem Zustand ein Ende zu machen.

Gelegentlich wollen wir auch noch auf die Denunziation einiger Prinzipale bei der Staatsanwaltschaft näher eingehen. Für heute sei nur erwähnt, daß der Wunsch der Herren, einige Familienväter durch richterlichen Urteilsspruch auf längere Zeit ihren Familien zu rauben — nicht in Erfüllung gegangen ist. Soviel sollten die Herren beim Studium der Arbeiterbewegung schon gelernt haben, — daß man mit solchen Mitteln heute die Arbeiterschaft nicht mehr abschrecken und unterkriegen kann.

Die Gauleitung.

Sozialdemokratische Bürgerausschußfraktion.

Die Mitglieder seien nochmals auf die heute abend ½9 Uhr in der „Wacht am Rhein" stattfindenden Fraktionssitzung aufmerksam gemacht.

Jugendausschuß.

Die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen seien nochmals auf den heute Donnerstag abend ½9 Uhr in der Gewerkschaftszentrale stattfindenden **Lichtbilder-Vortrag: „Ein Rundgang durch die Werke Krupps"** aufmerksam gemacht. Der Eintritt ist für Jugendliche frei, deshalb ist jedem der Besuch ermöglicht. Also auf in die Gewerkschaftszentrale sei die Losung!

Daxlanden.

Freie Turnerschaft. Auf vielseitigen Wunsch der hiesigen Einwohnerschaft wiederholte am letzten Sonntag die hiesige Freie Turnerschaft ihre Aufführungen, die sie in ihrer am Mittwoch, 25. Dez. v. J. abgehaltenen Weihnachtsfeier dargeboten hatte. Das Programm war dasselbe und kann wiederum in allen Punkten als wohlgelungen bezeichnet werden. Die wackere Turnerschar verschaffte den anwesenden Gästen durch ihre mustergültigen Leistungen einige schöne und fröhliche Stunden. Besondere Anerkennung verdienen der das Fest arrangierende Vorstand (Turnrat), sowie die Mitglieder Oskar Klingler mit seinen humoristischen Vorträgen und Emil Korrmann, der den musikalischen Teil übernommen hatte. Die trefflichen Worte des Vorstandes W. Höll fanden beifällige Aufnahme. Es wäre zu hoffen, daß sich auch die Wirkung der Ansprache bald zeigt. In einem Ort wie dem hiesigen könnte in Anbetracht der Tatsache, daß die proletarische Bevölkerung hier vorherrschend ist, die Zahl der aktiven freien Turner ganz gut hundert betragen anstatt nur fünfzig. Wir rufen deshalb allen denjenigen, die Lust und Liebe zu freien Leibesübungen haben, nochmals zu: Hinein in die Freie Turnerschaft!

Zwei Bilder.

I.

Es ist Sonntag vormittag 11 Uhr. Alles ist ruhig und still. Plötzlich ertönt im Hofe ein ohrenbetäubender Lärm. Alles öffnet die Fenster. — Unten im Hofe steht eine Truppe, Männlein und Weiblein, Mitglieder der Heilsarmee, und — singen. Bei näherer Betrachtung findet man, daß es junge Leute sind, die glauben, sich durch diesen angeblich religiösen Akt den Himmel verdienen zu können. Der „Gesang" ist zu Ende. — Von verschiedenen Fenstern fliegen Papierchen mit Inhalt in den Hof. Die „Sänger" nehmen es an sich und nach einer Aufforderung, die Heilsarmeeversammlungen zu besuchen, geht es weiter an einen andern Ort, wo jedenfalls dieselbe Geschichte zum besten gegeben wird.

II.

Es klingelt an der Glastür. — Man öffnet, ein Handwerksbursche, den die kapitalistische Wirtschaftsordnung auf die Landstraße geworfen, bittet um eine kleine Unterstützung. Mitunter erhält er einige Pfennige Geld oder etwas Essen, oft auch, wird er ohne weiteres schroff abgewiesen. Der Handwerksbursche macht keinen Lärm, er geht wieder, ob er etwas erhält oder nicht. Hat er „Glück", fällt er der Polizei nicht in die Hände. Oft aber wird er schon beim ersten Versuch ertappt und muß das „Verbrechen" schwer büßen. Ist er schon lange ohne Arbeit, muß er froh sein, nicht ins Arbeitshaus gesteckt zu werden.

*

Im ersten Bilde ist der Bettel — denn anders kann man es doch nicht bezeichnen — erlaubt. Dagegen im zweiten Bilde wird er schwer bestraft. Und er bettelte doch nur, damit er seinen Hunger stillen konnte. — O herrliche, göttliche Weltordnung! x.

Die Parteiversammlung

am gestrigen Abend in der Gewerkschaftszentrale war gut besucht; es hätte aber nichts geschadet, wenn einige vorhanden gewesene Lücken auch noch ausgefüllt worden wären. Auf der Tagesordnung standen zwei Punkte: 1. Abrechnung vom 2. Quartal 1912/13 und 2. ein Vortrag: „Baden und seine Verfassung". Ueber letztes Thema sollte Gen. A. Geiß-Mannheim sprechen, dem es aber in letzter Stunde unmöglich wurde wegen eines Unglücksfalls in seiner Familie, zu erscheinen. Für ihn sprang Gen. L. Marum ein, der über dasselbe Thema sprach. Die Abrechnung für das 2. Quartal gab Gen. Krüger. Das Quartal schließt mit einem Saldo-Vortrag von 1440,75 Mark ab. Der Mitgliederstand beträgt zurzeit 1640 männliche und 238 weibliche. — Der Kassenbericht ergab keine Beanstandungen, gerügt wurde nur von verschiedenen Seiten die mangelhafte Leistung der Extrabeiträge. Dem Kassier wurde Entlastung erteilt. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung ergriff Gen. Marum das Wort; er führte über „Baden und seine Verfassung" etwa folgendes aus: Es ist gerade jetzt begründeter Anlaß, sich mit Verfassungsfragen zu beschäftigen, denn allenthalben in der bürgerlichen Welt rüstet man sich, die hundertjährige Gedächtnisfeier der sogen. „Befreiungskriege" festlich zu begehen. Der damalige Großherzog Karl-Friedrich hat sein Versprechen, dem Lande Baden eine Verfassung zu geben, gehalten, was nicht von allen damaligen Fürsten gesagt werden kann. Wie er sagte, hat er diese Verfassung aus freiem Willen gegeben. Der Redner schildert dann die damaligen bedeutenden Gebietserweiterungen Badens, die dann im sogen. Territorialrezeß von 1819 anerkannt wurden. Der 22. August 1818 ist der Geburtstag der badischen Verfassung. Redner beschäftigt sich dann in interessanter Weise mit den in der Verfassung niedergelegten Rechten und Pflichten der gesetzgebenden Faktoren. Nur diejenigen Beschlüsse der Landstände, die der Großherzog bestätigt, erlangen Gesetzeskraft. Die Person des Großherzogs ist heilig und unverletzlich, er kann nicht strafgesetzlich verfolgt werden. Die Minister werden nicht vom Volke gewählt, sondern vom Großherzog ernannt. Außer der Zivilliste hat der badische Staat noch erhebliche Beträge, die sogen. Apanagen, Nadelgeld usw. an die verschiedenen Abkömmlinge und Angehörige des Fürstenhauses zu zahlen. Nach der Verfassung haben alle Badener die gleichen Rechte. Das Recht des Fürsten, Mitglieder der ersten Kammer zu ernennen, ist im Gegensatz zu Preußen beschränkt. Der Großherzog hat das Recht, den Landtag aufzulösen. Die Landstände haben das Recht der Mitwirkung bei allen Staatsgesetzen, d. h. ohne die Landstände kann kein Gesetz zustande kommen; sie haben das Recht der Kontrolle über die Staatsgelder; wenn die Landstände nicht beisammen sind, überträgt sich dieses Recht auf den Landständischen Ausschuß. Alle Ausgaben müssen offene sein. Ausnahmen sind nur dann zulässig, wenn der Großherzog durch eigenhändige Unterschrift die Gewähr bietet, daß die zu machenden Geheimausgaben nur zum Besten des Staates verwendet werden. Die erste Kammer kann einen Gesetzentwurf annehmen oder ablehnen. Lehnt sie einen Entwurf ab, so geht derselbe an die zweite Kammer zurück und ist dann der Beschluß der zweiten Kammer maßgebend. Lehnt die erste Kammer das Budget ab, so wird eine Durchzählung der Stimmen beider Kammern vorgenommen und ist dann diese zustande gekommenene Mehrheit maßgebend.

Theater und Musik.

Hoftheater Karlsruhe.

Zur Aufführung der **„Walküre"** am Sonntag abend hatte man sich für die Partie des Siegmund den bekannten Kammersänger Ejnar Forchhammer aus Wiesbaden zu verschreiben gewußt. Der Gast verstand es, das darstellerische Moment dieser Heldenfigur mit scharf umrissenen Formen plastisch hervorzuheben. Ebenso sind seine stimmlichen Qualitäten von hervorragender Güte. Wenn auch nach der lyrischen Seite wohllautende Weichheit oftmals entbehrt werden muß, so entschädigt der Künstler reichlich dafür mit glanzvoller, prächtiger Stimmentfaltung in den Augenblicken heldenhafter Größe. So wer die „Schwert"-Szene am Schlusse des 1. Aktes eine vorbildliche Vereinigung von edler Tonentfaltung und bezwingender Darstellungskunst. Das Gastspiel Ejnar Forchhammers mußte demnach einen allseits befriedigenden Eindruck hinterlassen. Für W. von Schwind sprang aushilfsweise Franz Roha als Hunding ein. Seine Leistung war eine durchaus achtunggebietende und wirksam ausgearbeitete. Die Aufführung im allgemeinen nahm unter Leop. Reichweins umsichtiger Leitung, bei der schon bekannten und öfters besprochenen Besetzung, einen stimmungsvollen, erhebenden Verlauf.

*

Großh. Hoftheater. Die für Freitag, 24. Jan., angekündigte Uraufführung von Bienstocks „Zuleima" muß wegen Erkrankung des Herrn v. Schwind verschoben werden. An Stelle von „Zuleima" wird am Freitag das Lustspiel „Elitemenschen" von C. A. Voß der Aufführung von Leo Blechs kom. Oper „Versiegelt" vorausgeschickt werden. Ueber den Termin der Uraufführung von „Zuleima" folgt wieder Mitteilung.

Wegen andauernder Erkrankung von Felix v. Krones wird heute Donnerstag den 28. statt „Schokoladenmädchen" das Lustspiel „Im weißen Rößl" von Blumenthal und Kadelburg zur Aufführung gelangen. Anfang ½8, Ende ¾10 Uhr.

Konzerte.

Klavierabend Hugo Kander. Eine hier noch unbekannte Künstler-Persönlichkeit trat am Freitag abend im Museumssaal erstmals vor das hiesige Publikum. In Hugo Kander lernten wir einen Pianisten von seltenem, verinnerlichtem Schönheitssinn und Stilgefühl kennen und schätzen. In der Blüte seiner Jugendjahre des Augenlichtes beraubt, hat sich seinem Wesen der verborgene, unendliche Quell innerer Prächte und Schönheiten erschlossen, der reiche Schatz idealer Besitztümer, der tief in des Herzens Grund einer echten Künstlernatur schlummert, und alles, was die Natur ihm zu schauen versagte, — erlebt und erschaut er in seinem Innersten. Was uns der Klang seiner Töne erzählt, ist die Sprache seelischer Eindrücke, die aus einem geklärten, geläuterten Innenleben fließt. Nicht das Leuchten des goldenen Himmelsgestirns spricht aus seinen Tönen, sondern das warme, wundermilde Strahlenlicht seines innerlichen Genius-Sternes, der ihm bei seiner irdischen Finsternis Herz und Gemüt erhellt. Hugo Kander besitzt alle pianistischen Virtuoseneigenschaften in außerordentlich hohem Maße. Er beherrscht das Instrument ebenso meisterlich wie ein Sehender! In Schumanns „Großer F-Moll-Sonate" (op. 14) kam das verfeinerte innerliche Mitempfinden am herrlichsten zum Ausdruck. Mit technischer Vollendung brachte Kander die „Sonate F-Moll" (op. 5) von Joh. Brahms zu Gehör. Auch „Ricordanza" und „Tarantella", beide von Liszt, zeugten in Auffassung und Wiedergabe von des Vortragenden künstlerischer Reife und Befähigung. Der Beifall, welchen Hugo Kander erntete, war ein überaus herzlicher und wohlverdienter.

*

Morgen-Konzert des Instrumental-Vereins. Am Sonntag vormittag fanden sich die Freunde und Gönner des Karlsruher Instrumental-Vereins zahlreich im Saale des Museums ein, um sich an den genußreichen Darbietungen dieses Vereins zu erbauen. Daß der Verein unter Leitung seines bewährten Dirigenten, Herrn Musikdirektor Theodor Munz, wohlabgerundete und sehr beachtenswerte Leistungen zeitigt, haben wir ja schon des öfteren Gelegenheit gehabt zu erwähnen. Auch das Programm am Sonntag war wieder ein geschmackvolles und interessantes. Desgleichen standen wieder die Darbietungen des Vereinsorchesters und die solistischen Leistungen auf gewohnter Höhe. Vielversprechend wurde die „Matinee" eingeleitet mit Gretrys Ouverture zu der komischen Oper „L'épreuve villageoise". Hierbei konnten die Orchester-Ausübenden ihr Können im besten Lichte zeigen. Auch der musikalische Leiter, Herr Direktor Munz, wußte das gefällige Stück bis ins kleinste zu zergliedern und mit all seinen Schönheiten wirkungsvoll auszugestalten. Die Gesangssolistin, Fräulein Theodolinde Pracht, erzielte mit dem Vortrag der Arie aus „Acis und Galatea" (So wie die Taube) von G. F. Händel einen schönen Erfolg. Die Stimme verrät gewissenhafte Schulung, ist von ansprechendem Metall und klingt für das Ohr sympathisch und einschmeichelnd. Auch Lieder von Mathilde Ostner, Zureich und Vinz. Lachner waren, dank ihres verständnisvollen Vortrags, von guter Wirkung. Herr Hofmusiker Oskar Wenk, Fagottist unseres Hoforchesters, trug mit großem Erfolg ein „Nocturno" für Fagott von Ignaz Lachner vor. Die Töne, die er so sicher seinem Instrument zu entlocken versteht, sind warm, voll, feststehend und von angenehmem Wohllaut. Herr Hermann Knierer, als erprobter Begleiter schon bestens bekannt, waltete seines Amtes am Flügel mit vornehmer Diskretion und prägte dadurch seinem Klavierpart eine gewisse künstlerische Note auf. „Fünf Menuette" von Mozart, dem Jahre 1785 entstammend, bildeten den würdigen Abschluß der schön verlaufenen Konzert-Veranstaltung.

*

Fräulein Elisabeth Gutzmann (Sopran) gab ihren Lieder- und Arienabend am Sonntag im Museumssaal. Die Dame sang Arien von Mozart (Figaros Hochzeit — (Zaide) und Delibes (Lakmé). Außerdem brachte das Programm Lieder von Katz, Gerspacher, Loser, Max Reger und Rich. Strauß. Das volltönende, weiche und äußerst biegsame Organ gestattete der Sängerin, die Lieder bis zur feinsten Nuance herauszuarbeiten und mit ihnen tiefgehende Stimmungen zu erzielen. Besonders gelang dies mit den beiden Sachen von Julius Katz. Durch den herzlich empfundenen, schlichten Ausdruck, durch das Angepaßtsein an den vorhandenen Stimmenumfang, der eine weiche, edle Tongebung gestattete, wurden die beiden Lieder zu dankbaren Programmnummern. Auch die Koloratur Elisabeth Gutzmanns scheint einen „Ansatz" von sorgfältiger Pflege verraten zu wollen. Wenn diese aber nicht auf dem äußersten Grenzpunkt künstlerischen Könnens und technischer, ausgereifter Vollkommenheit steht, sollte man Stücke wie die „Lakmé-Arie" tunlichst auf dem Programm vermeiden. Solche „Nummern" gehören in das Ressort der dementsprechend ausgebildeten Bühnenkünstler. Aber Bühnenstimmen und Konzertstimmen sind in den meisten Fällen durch eine tiefe Kluft getrennt. Herr Prof. Anton Karle (Klavier), der Begleiter der Gesänge, begeisterte durch den vollendeten Vortrag der Beethovenschen „As-dur-Sonate" (op. 26). Hoheitsvoll ist sein Spiel und sonnig seine Art, Beethoven unseren Herzen nahe zu bringen. Trotz seiner schlichten Persönlichkeitsart fasziniert Prof. Karle am Flügel. Der singende Ton ist nicht das Ergebnis einer angeschlagenen Taste, nein — er ist Sprache, eindringliche Sprache des Herzens zum Herzen. Wie wundervoll hatte Prof. Karle diese Sonate aufgebaut; wie fein waren die einzelnen Sätze zergliedert und inhaltlich gedeutet. In unaufdringlicher, aber fester Form glitzerte das „Allegro" auf und perlte unter den Fingern des vortragenden Künstlers hervor. Beide Solisten ernteten lebhaften Beifall.

W. Sch.

Wir haben auch ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz. Wenn sich ein Minister gegen das Wohl des Staates vergeht, kann er vor den Staatsgerichtshof gezogen werden, die Strafe ist aber nicht sehr schwer, es kann nur auf Entlassung erkannt werden. Obwohl die badische Verfassung als ein wenig freier als die der norddeutschen Staaten genannt werden kann, ist sie doch noch lange nicht so, daß wir Grund hätten, mit ihr zufrieden zu sein. Das Volk muß sich ein besseres Wahlrecht, das Proportionalwahlrecht zum badischen Landtag, erringen. Das ist die nächste Aufgabe. Es wird ihm dann erst möglich sein, seine Rechte zu erweitern und einen Ausbau der Verfassung in freiheitlichem Sinne zu erringen. — Die Anwesenden dankten mit lebhaftem Beifall dem Gen. Marum für seine lehrreichen und interessanten Ausführungen. — In der Diskussion sprach nur Gen. Kolb. Er wies darauf hin, daß die Erste Kammer seit 1904 in Bezug auf das Finanzgesetz mehr Rechte hat als vorher. Früher konnte sie das Finanzgesetz nur im ganzen ablehnen oder annehmen, während sie jetzt bei der Durchzählung der Stimmen nochmals ihr Veto in die Wagschale werfen kann. Diese Konzession mußte gemacht werden, um das direkte und gleiche Wahlrecht zu erhalten. Weiter besprach Gen. Kolb eingehend die bekannte Schindluderpolitik des Zentrums dem Proportionalwahlrecht und der Zubilligung eines weiteren Abgeordneten für Mannheim gegenüber. Nach diesem Verhalten des Zentrums kann man als sicher annehmen, daß das Zentrum auf dem nächsten Landtag nicht für das Proportionalwahlrecht zu haben sein wird. Wenn die Proportionalwahl auf dem letzten Landtag nach dem Willen des Zentrums nur für die Städte eingeführt worden wäre, hätten wir sie für das ganze Land niemals bekommen. Es muß deshalb bei der nächsten Landtagswahl unser ganzes Streben dahin gerichtet sein, unter allen Umständen eine vom Zentrum unabhängige Zweidrittelmehrheit ins Parlament zu bekommen. Denn zu einer Verfassungsänderung, als welche die Proportionalwahl angesprochen werden muß, bedarf es im Landtag einer Zweidrittelmehrheit. Die Ausführungen des Gen. Kolb fanden allseitige lebhafte Zustimmung.

Von der Weihnachtsmesse. Die vom Gewerbeverein einige Wochen vor Weihnachten veranstaltete Weihnachtsmesse war von rund 71 000 Personen besucht. In den drei Wochen der Messe wurden 8000 Lose zu 1 Mk. abgesetzt. Die Verkaufssumme der Ausstellungsgegenstände betrug rund 20 000 Mark.

Dr. Ing. **C. O. Gleim,** der bekannte und hervorragende Eisenbahningenieur, begeht am 19. Januar seinen 70. Geburtstag in Hamburg. Er studierte Anfang der 60er Jahre auf der Technischen Hochschule in Karlsruhe und war bis vor 20 Jahren am Rhein und in Hamburg im Eisenbahnwesen tätig. An der Erbauung der beiden großen Elbbrücken in Hamburg ist er in hervorragender Weise beteiligt gewesen. Nach ihrer Fertigstellung wurden von ihm als Privatingenieur zahlreiche meisterhafte Entwürfe für den Neu- und Umbau von Bahnhofanlagen, u. a. für die Städte Basel, Zürich, Christiania, Stockholm, Kopenhagen, Göteborg, Malmö, Lund, Helsingborg, Falun, Upsala, Oerebro, Wiborg, Helsingfors und Petersburg ausgeführt. Seine Arbeiten für Stockholm, Kopenhagen und Christiania erhielten vier 1. Preise im internationalen Wettbewerb. In Deutschland war er außerdem in großen eisenbahntechnischen Fragen als Sachverständiger für die Städte Lübeck, Dortmund, Herne, Karlsruhe, Darmstadt, Braunschweig, Osnabrück, Göttingen und Pforzheim tätig. Durch Gleims erfolgreiche Arbeiten ist in erster Linie die Meinung des Auslandes von der unbedingten Ueberlegenheit englischer Eisenbahntechnik zugunsten deutschen Könnens erschüttert worden, und in Anerkennung dieser Verdienste hat die Technische Hochschule Dresden ihn zum Dr. Ing. h. c. ernannt.

Die Chronik der Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe für 1911 ist im Verlag der Macklotschen Buchhandlung und Buchdruckerei wieder erschienen. Der Inhalt ist wieder reich und vielgestaltig und gibt über die verschiedenen Gebiete des öffentlichen Lebens trefflichen Aufschluß. Die einzelnen Kapitel behandeln: Schicksale des Großh. Hauses, Entwicklung der Gemeinde, der Gemeindeverwaltung, der Stadt; Kirche, Schule und Kunst, Politisches, Industrielles und Vereinsleben; Leistungen des Gemeinsinnes; Armen- und Krankenwesen; Versammlungen, Feierlichkeiten, Festlichkeiten usw.; Verkehrswesen, Witterungsverhältnisse; Bevölkerungsvorgänge, Sterblichkeit, Totenschau; Verschiedenes; Vorträge, Werke Karlsruher Schriftsteller. Im Anhang findet man eine chronologische Uebersicht über die großen Ereignisse i. J. 1911. Einige Beilagen bringen Statistisches über Schule und Bevölkerung. Das Buch ist mit Porträts bekannter Persönlichkeiten geschmückt und wird, wie immer, zahlreiche Abnehmer finden.

Vergnügungen und Unterhaltungen.

Der Maskenball des Gesangvereins Bruderbund findet bei dieses Jahr im großen Saale des „Kühlen Krg" statt, und zwar nächsten Samstag, 26. d. M., Die rege Nachfrage nach Eintrittskarten verspricht einen sehr guten Besuch und man kann daraus ersehen, daß sich die Veranstaltungen des Vereins einer immer größeren Beliebtheit erfreuen. Auch dieses Jahr wird wieder eine Preisverteilung stattfinden. Der niedere Eintrittspreis erlaubt aber auch jedem Arbeiter, sich einige vergnügte Stunden zu gönnen. Die Direktion des „Kühlen Krugs" wird ihr möglichstes dazu beitragen. Alles nähere im heutigen Inseratenteil.

Residenztheater. Aus dem laufenden Programm sind hervorzuheben der neue Schlager „Die verschwundenen Juwelen", die von Herrn Max Linder gespielte Humoreske „Max ist wasserscheu" und die Komödie „Das Mißgeschick eines Bräutigams", eine äußerst amüsante Geschichte, die große Heiterkeit erregt. Zu erwähnen sind schließlich noch zwei ernste Szenen: „Zwei ungleiche Brüder" und „Die beiden Kameraden".

Kolosseum. Das wirklich erstklassige Programm findet allabendlich allseitige Anerkennung und Bewunderung. Nur schade, daß der Besuch in diesen Tagen, wo der Karneval starke Ansprüche an den Geldbeutel stellt, nicht so stark ist, wie es die ausgezeichneten Darbietungen der für die zweite Januarhälfte engagierten Künstler verdienen. Die Tanzkünste von Barl d'Erry, die mimischen Glanzleistungen von John Armand, die geradezu verblüffenden Staunen und Aufregung verursachenden Kraft- und Balancekunststücke von The 3 Hahns, die gewandten Jongleurtricks von Mme. Henry, die von vollendeter Dressurkunst zeugenden akrobatischen Hunde Kassazelles, sie alle leisten auf ihrem Gebiete Erstklassiges und selten Gesehenes. Dazu kommt dann noch das Gastspiel von Wera Forst und R. v. Volberg, die mit ihrem künstlerischen, temperamentvollen Spiel den beiden Einaktern „Wotans Abschied" und „Die G'schamige" eine vollendete flotte Wiedergabe verleihen und die Zuhörer zu wahren Lachsalven hinreißen. Also ein Programm, das den verwöhntesten Ansprüchen genügen kann. Ein Besuch des Kolosseums kann daher nur bestens empfohlen werden.

Schweikert-Konzert. Margarete Schweikert ist als reproduzierende, wie als selbstschöpferische Musikerin eine ungewöhnliche Künstlererscheinung, welche nicht die ausgetretenen Pfade wandelt. So hat sie ihrem am 29. Januar im Museumssaale stattfindenden Konzert ein Programm unterlegt, das nur bisher öffentlich noch nicht gehörte Werke enthält. Zwei Klavier-Violinsonaten moderner Tonmeister, und zwar eine Sonate des durch sein Divertiment für vier Streichinstrumente in der Musikwelt so rasch zu Ansehen gelangten Stuttgarter Komponisten Joseph Haas und eine Sonate des bekannten Berliner Tondichters Paul Juon werden eine Reihe von Liedern umrahmen, die Margarete Schweikert selbst vertont hat. Jedenfalls wird dieser Novitätenabend eine der interessantesten musikalischen Veranstaltungen dieser Saison werden und sind Eintrittskarten bereits in der Hofmusikalienhandlung Hugo Kuntz, Nachf. Kurt Neufeldt, zu haben.

Liederabend Schabbel-Zoder. Kammersängerin Anna Schabbel-Zoder von der Dresdener Hofoper bringt in ihrem Liederabend am Sonntag den 26. Januar fast durchweg Lieder modernerer Komponisten zu Gehör und zwar zwei bekanntere Lieder von Brahms „Feldeinsamkeit" und „Auf dem Kirchhof", „Reiselied" und „Schlafen, schlafen" von Schoeck, „Ein Lied Chastelards" von Andrea, „Junkerli" von Andrea, „Wie wundersam", Bildchen aus den Glockenliedern von Schillings, „Romanze" von Debussy, „Ouvre tes yeux bleus" von Massenet und zum Schluß die „Arie" aus Toska. Herr Hofkapellmeister Reichwein wird die Künstlerin am Flügel begleiten.

Der Balkan-Konflikt.

Auf dem Wege zum Frieden.

Konstantinopel, 22. Jan. Die Antwort der Pforte auf die Note der Großmächte wird nach der Sitzung des Diwans heute abend an die Botschafter abgesandt werden. Sie will den Großmächten die Neutralisation Adrianopels und die Autonomie der Aegäischen Inseln vorschlagen. Es ist vorauszusehen, daß die Großmächte diese Antwort für ungenügend erachten werden und voraussichtlich wird dann die zweite Antwort den Wünschen der Großmächte und damit dem Frieden entsprechen.

Konstantinopel, 22. Jan. Der Diwan wurde um 4 Uhr durch Kiamil eröffnet. Siebzig Mitglieder waren anwesend. Bemerkt wurde das Fehlen des früheren Großwesirs Hakki Paschas und Mahmud Schefket Paschas, welche ihr Fernbleiben brieflich entschuldigten. Die kaiserlichen Prinzen nahmen an der Sitzung nicht teil.

Konstantinopel, 22. Jan. **Der Rat der Aeltesten hat nach kurzer Diskussion gegen eine Stimme der Ansicht Ausdruck gegeben, daß die Pforte Frieden schließen möge. Der Diwan hat damit seine Mission beendet**

Sofia, 22. Jan. Ueber die Vorbehalte, welche die Pforte in ihrer Beantwortung der Note der Mächte geltend machen will, verlautet an hiesigen maßgebenden Stellen: Die Pforte wird erklären, daß mit der Abtretung Adrianopels das Maß ihrer Zugeständnisse erschöpft ist und sie den baldigen Abschluß des Friedens erwartet. Von den Mächten wird sie bestimmte Versicherungen über die in Aussicht gestellte finanzielle Hilfe, sowie Garantien für ihren asiatischen Besitz verlangen. Den ersten Teil der zu erwartenden Erklärung der Pforte faßt man als Ablehnung einer Kriegsentschädigung auf. Es ist nicht bestimmt, wie sich die Verbündeten zu dieser Frage stellen werden. Es verlautet aber, daß die interessierten Mächte und Finanzgruppen ihnen eine Entschädigung in der Weise bieten wollen, daß der Ueberschuß der der Dette Publique verpfändeten speziellen Einkünfte den an die Stelle der Türkei tretenden Balkanstaaten überlassen werden soll.

Letzte Nachrichten.

Die Bauarbeiterversammlungen in Berlin.

Berlin, 22. Jan. Bei den weiteren Verhandlungen über einen neuen Tarifvertrag für das Baugewerbe am 21. und 22. d. M. forderten die Arbeitervertreter wieder eine allgemeine Lohnerhöhung. Die Arbeitgeber lehnten sie ab und erklärten, unbedingt einen Hauptvertrag für das gesamte bisherige Vertragsgebiet zu erstreben. Bei Differenzen in einzelnen Bezirken wollten sie ihren Einfluß zum Abschluß von Vorträgen, eventuell unter Anrufung eines Bezirksschiedsgerichts, geltend machen. Die Arbeitnehmer erklärten: auch wir wollen einen Vertrag in dem bisherigen Umfange, bedauern aber, daß der Arbeitgeberverband trotz der Teuerung keine allgemeine Lohnerhöhung will. Somit sind auch Bezirksschiedsgerichte zurzeit undiskutabel. Aus Friedensliebe wollen wir einzelne Fragen, z. B. Arbeitszeit, Arbeitsnachweise, Akkordarbeit usw. besprechen, aber erst nach einer Einigung über alle örtlichen Fragen, Vertragsmuster und Hauptvertrag. Die Arbeitgeber berieten hierauf besonders und erklärten. Bei dem Darniederliegen des Baugewerbes und dem ungünstigen Hypotheken- und Geldmarkt kann eine allgemeine Lohnerhöhung nicht befürwortet werden. Ueberdies steht die Festsetzung des Lohnes den Bezirks- und Ortsverbänden zu. Wir sind aber bereit, in die Beratung des Vertrags einzutreten. Bei dieser Beratung wurde nun zunächst die Arbeitszeit behandelt. Die Arbeitgeber wünschten den bisherigen § 1: kürzeste Arbeitszeit 10 Stunden, abgesehen von besonders schwierigen Verhältnissen, z. B. Wohnungs- und Verkehrsangelegenheiten, beizubehalten. Die Arbeitnehmer wollten auf eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit hinwirken. Auch in der Akkordfrage wollten die Arbeitgeber bei dem bisherigen Hauptvertrag bleiben. Die Zimmerer lehnten alle Akkorde ab. Wie der Bauarbeiterverband wollen sie das bisherige Minimum zulassen, verlangen aber eine Garantie des Stundenlohns. Den Arbeitsnachweis wollen die Arbeitgeber vom Vertrag ausschließen. Die Arbeitnehmer verlangen einen paritätischen Arbeitsnachweis, einen einseitigen Arbeitsnachweis bekämpfen sie. Zu der von den Arbeitgebern verlangten Einbeziehung der Betonarbeiter wollen die Arbeitnehmer sich nicht äußern.

Die Landtagswahlen in Lippe.

Detmold, 22. Jan. Bei den Lippeschen Landtagswahlen wurden in der 1. Klasse 5 Konservative und 2 Nationalliberale gewählt. Demnach sind im ganzen gewählt 10 Konservative, 2 Nationalliberale, 3 Freisinnige, 1 Christlich-Sozialer und 1 Sozialdemokrat. Außerdem sind vier Stichwahlen zwischen Freisinnigen und Sozialdemokraten nötig. Der bisherige Landtag setzte sich zusammen aus 10 Konservativen, 2 Nationalliberalen, 7 Freisinnigen, 1 Christlich-Sozialen und 1 Sozialdemokraten.

Eine englische Nachwahl.

London, 22. Jan. Bei der gestrigen Nachwahl im Wahlkreise Flint siegte der liberale Kandidat mit 2152 Stimmen gegen 1941 Stimmen. Bei der letzten allgemeinen Wahl im Dezember 1910 brachten die Liberalen 2098 und die Unionisten 1589 Stimmen auf.

Ein Demonstrationsstreik.

Petersburg, 22. Jan. Der Jahrestag der Arbeiterdemonstration von 1905 wurde heute von einem Teil der Petersburger Arbeiter durch Arbeitseinstellung begangen. Von 300 000 Arbeitern feierten etwa 50 000. Die Versuche, revolutionäre Lieder anzustimmen, wurden durch die Polizei unterdrückt.

Briefkasten der Redaktion.

Nr. 171, W. H. Wir können uns nicht erinnern, eine Anfrage erhalten zu haben; es kann schon sein, daß bei dem starken Neujahrsverkehr Ihr Schreiben verloren gegangen ist. Wollen Sie deshalb Ihre Anfrage wiederholen.

Verantwortlich: für Politik **Wilhelm Kolb;** für Lokales, Kommunales und Feuilleton **Hermann Winter;** für den übrigen redaktionellen Teil **Hermann Kadel;** für die Inserate **Karl Ziegler;** alle in **Karlsruhe,** Luisenstraße 24.

Briefkasten der Knallerbs.

Jöhlingen. Erscheint.

S., Daxlanden. Erscheint. Sorgen Sie für guten Absatz.

Z., Untergrombach. Komme morgen noch einmal zu mir.

„Algier". Nicht geeignet.

H. K. Nicht brauchbar.

Rastatt. Nicht geeignet.

Mörsch. Artikel erscheint in besprochener Umänderung. Sorgen Sie für Absatz auch in Malsch.

Ottenhöfen. Solche Sachen sind zur Behandlung nicht geeignet.

Vereinsanzeiger.

Offenburg. (Arb.-Gesangverein „Freiheit".) Freitag, 24. Jan., abends ½9 Uhr, findet im Vereinslokal (Michelhalle) unsere diesjährige ordentliche Generalversammlung statt. Der wichtigen Tagesordnung wegen wird von sämtlichen aktiven wie passiven Mitgliedern vollzähliges und pünktliches Erscheinen erwünscht. 4824 Der Vorstand.

Buchhandlung Volksfreund Luisenstraße 24.

Soeben erschienen: **Grundriß der sozialen Hygiene** für Mediziner, Nationalökonomen, Verwaltungsbeamte und Sozialreformer. Von Dr. med. Alfons Fischer, Arzt hier. Preis broschiert 14 Mk., gebunden 14,80 Mk.

Geschäftliches.

Ein wirklich zuverlässiger Führer durch das weite Gebiet des Zeitungs- und Annoncenwesens ist der mit gewohnter Pünktlichkeit zum Jahreswechsel (in 46. Auflage) erschienene Zeitung-Katalog der Annoncen-Expedition Rudolf Mosse. In sorgfältigster Weise nach dem neuesten Material bearbeitet, enthält er alle für Inserenten wichtigen Angaben. Einen ganz besonderen Vorzug verleiht dem Katalog die Beigabe von Rudolf Mosses Normal-Zeilenmesser, der die einzige sichere und bequeme Handhabe für eine korrekte Zeilenberechnung bietet und den Katalog zu einem unentbehrlichen Handbuch für jeden Inserenten macht. Neben dem Zeitungs-Katalog widmet die Firma Rudolf Mosse ihren Kunden wiederum eine elegant ausgestattete Schreibmappe, die, außer einem Notizkalender für jeden Tag des Jahres, eine Reihe wissenswerter geschäftlicher Angaben bringt. Weiter enthält diese Schreibmappe eine Anzahl Reproduktionen auffälliger Anzeigenentwürfe, wie sie von der Firma Rudolf Mosse für Kunden ihres Hauses angefertigt wurden. Druck und geschmackvolle Ausstattung des Katalogs und der Schreibmappe legen Zeugnis ab für die Leistungsfähigkeit der Buchdruckerei Rudolf Mosse.

Achtung! Hafen-Arbeiter! Achtung!

Freitag, den 24. Januar, abends halb 7 Uhr, findet im Saale der Restauration **„Zum Rheinkanal" in Mühlburg**

öffentl. Versammlung

statt. Tages-Ordnung:

„Was müssen die Hafen-Arbeiter von der neuen Unfall- und sonstigen Versicherung wissen?"

Referent: Herr Arbeitersekretär **Albert Willi.**

Kollegen! Hafenarbeiter! Ob ihr in den **Kohlen-, Holz- oder Eisenlagern** oder im städtischen Betrieb tätig seid, sorgt dafür, daß diese Versammlung aus jedem Betrieb vollzählig besucht wird. Auch die in anderen Verbänden organisierten und unorganisierten Kollegen sind freundlichst willkommen.

Das Vortragsthema ist hauptsächlich für die Hafenarbeiter, welche den vielen Unfällen ausgesetzt sind, von besonderer Wichtigkeit, deshalb am Freitag abend: 4846

Alle Mann an Bord!

Deutscher Transportarbeiterverband. Ortsverw. Karlsruhe.

Konsum-Verein Durlach.

Auf 1. Februar event. auch später suchen wir für unser Hauptgeschäft ein

Lehrmädchen.

Bewerberinnen können sich bei dem Vorstand **Zehnstraße 2** anmelden. 4836

Der Vorstand.

Zum Kaiser Barbarossa.

Heute Donnerstag

Schlachttag

wozu höflichst einladet 4848

A. Seckinger.

Sängerbund Vorwärts

18 90

Arbeiter Sängerbund

Anfang 8 Uhr Saalöffnung 7½ Uhr. | Karlsruhe | Ende 4 Uhr.

Samstag, den 25. Januar 1913, abends 8 Uhr im grossen Saale der „Festhalle“

Grosser Masken-Ball

mit Prämiierung der schönsten und originellsten Damen- und Herren-Kostüme und Gruppen. :: ::

8 Damen-, 8 Herren- u. 3 Gruppen-Preise.

Gruppen und Einzelmasken müssen spätestens um **10 Uhr** im Ballsaale anwesend sein und müssen **Gruppen aus mindestens 4 Personen** bestehen.

Doppel-Orchester.

Gewerkschaftsorchester und **Schützenkapelle**
.: unter persönlicher Leitung ihrer Direktionen. ::

Eintritts-Karte 1 Mk. :-: Für **Mitglieder** und deren **direkte Angehörige 30 Pfg.**

Vorverkauf von Eintrittskarten à 1 M. Vereinslokal **Deutsche Eiche**, Augartenstr. 60. Kunstgärtnerei **Bollin**, Werderstr. 46. Friseur **L. Zimmermann**, Luisenstr. 56. Restauration **„Zum Auerhahn“**, Schützenstr. Friseur **Ad. Kussmaul**, Rankestrasse 18. Zigarrengeschäft **L. Graf**, Ecke Marien- und Augartenstrasse. **R. Pahr**, Kaufmann, Kronenstr. 49. Restauration **„Zur Schrumpei“**, Durlacherstr. 81. Hutgeschäft **Zenker**, Kaiserstr. 65. **Gewerkschaftszentrale**, Kaiserstr. 13. Zigarrengeschäft **Bez**, Gerwigstr. 32. Restauration **„Zur Wacht am Rhein“**, Gartenstr. 2. Musikalienhandl. **Fritz Müller**, Ecke Kaiser- und Waldstr. Restauration **„Zur Gambrinushalle“**, Erbprinzenstr. 30, sowie bei den Herren Sängern.

Karten für Mitglieder werden **nur an der Abendkasse** gegen Vorzeigen **der Legitimationskarte ausgegeben** und haben **Mitgliedsbücher keine Gültigkeit. Hierüber wird strenge Kontrolle geübt.** Kasse für Mitglieder wird um 11 Uhr geschlossen.

Zu zahlreichem Besuche ladet ein **Der Vorstand.**

NB. Die Abschnitte an den Karten werden beim Betreten der Ballräume vom Kontrollpersonal abgetrennt und zurückbehalten. Karten **ohne Kontrollabschnitt** sind **ungültig.** Die Karte ist sorgfältig aufzubewahren und auf Verlangen vorzuzeigen. Wer die Festhalle vor Beendigung des Balles verlässt, **verliert die Berechtigung zum Wiedereintritt.** In besonderen Fällen werden vom Kontrollpersonal Kontrollabschnitte für den Wiedereintritt ausgegeben. 4710

Voranzeige.

Samstag, den 25. Januar 1913

beginnt unsere 4842

„Weisse Woche“

Grosse Posten Waren
sind in allen Abteilungen zurückgelegt
und kommen zu **besonders billigen**
:: :: **Preisen** zum Verkauf. :: ::

Auf sämtliche am Lager befindliche
Herren- u. Knaben-Kleidung (reguläre Ware)
gewähren wir
Doppelte Rabattmarken
oder **10%** in bar.

Spiegel & Wels

Carl König

Dentist.

KARLSRUHE, Kaiserstrasse 124b.

Telephon 2451.

Künstliche Zähne, Plombieren, Zahnziehen.

Holl. Schell-Fische
Holl. Kabljau
Brat-Schellfische
Hasen, ganz u. zerlegt
auf dem
Werderplatz-Markt
vor der Brauerei Wolf.
4844 L. Pfefferle.

Bucherer

empfiehlt garantiert echt
Filder-Sauerkraut 4656
schön weiß und langschnittig
per Pfd. **7** Pfg.
5 Pfd. **30** Pfg.
vorzügliche, eingemachte abgebrühte
Schneide-Bohnen
Pfd. **18** Pfg.

Bucherer
in sämtlich. Filialen.

Städt. Seefischmarkt

Hauptmarkt: In der Fischmarkthalle hinter dem städtischen Vierordtbad am **Donnerstag nachmittag** von 3½ Uhr ab.

Filialmärkte: Durch den Verkäufer Zipf. **Weststadt:** In dem Hof des Eichamtes, Sofienstraße 96/98, am **Donnerstag vormittag** von 9—11 Uhr und **nachmittags** von 3—6 Uhr. **Stadtteil Mühlburg:** Ecke Rhein- und Vogesenstraße am **Donnerstag nachmittag** von ½2—5 Uhr.

Wegen geringer Zufuhr infolge Streiks des Perionals der Fischdampfer fällt der Freitaghauptmarkt, sowie der Filialmarkt in der Oststadt aus. 4838

Karlsruhe, den 22. Januar 1913.

Städt. Schlacht- und Viehhofdirektion.

Bekanntmachung.

Das Leichenfeld XVII des Hauptfriedhofs, auf welchem vom **21. September 1891 bis 13. März 1893 Erwachsene**, sowie das Leichenfeld XXII, auf welchem vom **14. Mai 1896 bis 11. Oktober 1897 Kinder** beigesetzt wurden, kommt in nächster Zeit zur Umgrabung. Alle auf den bezeichneten Feldern befindlichen Grabdenkmale, Einfassungen usw. sind bis zum **1. April 1913** durch die Eigentümer zu beseitigen, widrigenfalls diese Arbeit nach Umfluß genannter Frist diesseits angeordnet werden wird.

Wer die Verschonung eines Grabes auf die Dauer einer weiteren Umgrabungsfrist erlangen will, wolle dies bis längstens **1. April 1913** auf dem Bestattungsamt, Rathaus, 3. Stock, Zimmer Nr. 73, anmelden, woselbst ihm die Bedingungen, unter welchen die Verschonung gestattet wird, mitgeteilt werden.

Karlsruhe, den 10. Januar 1913.

Städt. Friedhof-Kommission.

4840 Dr. Horstmann. Kiefer.

Bekanntmachung.

Die Erhebung der Beiträge für die land- und forstwirtschaftliche Unfallversicherung betreffend.

Die Kataster für die Beitragsleistung zur land- und forstwirtschaftlichen Unfallversicherung für die Gemarkung Karlsruhe und die abgesonderte Gemarkung Hardtwald für das Jahr 1912 liegen vom 23. ds. Mts. an während zweier Wochen zur Einsicht der Beteiligten offen und zwar die Kataster für Karlsruhe-Stadt, den Stadtteil Mühlburg und die abgesonderte Gemarkung Hardtwald beim städtischen Sekretariat für Arbeiterversicherung, Rathaus 1. Stock, Zimmer Nr. 34, Eingang von der Zähringer Straße und die Kataster, für die Vororte Beiertheim, Daxlanden, Grünwinkel, Rintheim und Rüppurr bei den Gemeindesekretariaten dieser Vororte.

Einsprachen gegen den Inhalt der Kataster können während obiger Frist und eines weiteren Monats schriftlich oder mündlich bei uns beziehungsweise den Gemeindesekretariaten erhoben werden.

Karlsruhe, den 20. Januar 1913.

Das Bürgermeisteramt.

4839 Horstmann. Reber.

Maskenkostüm
billig zu verkaufen oder zu verleihen: 1 **Tirolerin**, starke Figur, 1 **Holländerin**, mittlere Figur. Anzusehen von 10—4 Uhr.
Werderstraße 21, Vorderhaus 4. Stock. 4841

Konfirmanden-Anzug
wie neu, billig abzugeben.
Werderstr. 49, Hth. 4. St. l.

Kinderwagen, gut erhalten, zu verkauf.
Luisenstraße 2b. 1. St., H.

Weiterer Waggon
Holländer Rotkraut
in schönster Ware ist eingetroffen.
Kopf 4794
ca. 4 Pfd. schwer **26** Pfg.
Kopf
ca. 8 Pfd. schwer **20** Pfg.
bei größerer Abnahme, Kopf- oder Zentnerweise, billigst.

Bucherer
in sämtlichen Filialen

Arbeiterbund Vorwärts
Durlach.

Kommenden Samstag, den 25. Jan., abends punkt 8 Uhr, findet in der „Festhalle“ unser diesjähriger 4779

Maskenball

statt. **Eintritt** für Mitglieder und eine Dame **frei.** Die Eintrittskarten werden unsern verehrlichen Mitgliedern zugestellt. Einführungsrecht nur in beschränktem Maße gestattet. Karten hierzu für **Herren 1 Mk., Damen 50 Pfg.** sind im „Löwenbräu“, „Lamm“ sowie beim Kassier erhältlich.

Närrische Kopfbedeckung am Saaleingang zu entnehmen.

Die Karten sind der Kontrolle halber sichtbar zu tragen. Vor Mißbrauch der Karten warnen wir ausdrücklich.

Hierzu laden wir unsere verehrlichen Mitglieder ein

Beginn 8 Uhr. **Ende 3 Uhr.**

Der Vorstand.

Dr. Thompson's Seifenpulver

(Schutzmarke Schwan)

ist billig, bequem, sparsam,

schont die Wäsche

Bucherer

empfiehlt in seinen sämtlichen Filialen

Ia. Marmelade, gem.

offen vorgewogen, Pfd. **25** ₰

10 Pfund-Eimer ℳ **2.20** 5 Pfund-Eimer ℳ **1.25**

Apfelgelee

nur mit Zucker versüßtes Kunstgelee Pfd. **40** ₰

gem. Aprikosen

Marmelade mit Stücken, vorzüglich Pfund **45** ₰

Erdbeer

Spezialkonfiture, sehr beliebt, Pfd. **60** ₰

Bucherer

Lager und Kontor
Zähringerstraße 42/44.
Telephon 392. 4829

Voranzeige

Unsere

«Weisse Woche»

beginnt

Samstag

den 25. Januar cr.

Morgen erscheint in dieser Zeitung unser
4seitiges Extra-Blatt
für die Weisse Woche.

4830

Geschwister Knopf

Sportwagen zusammenlegbarer, wie neu, billig zu verkaufen. **Gottesauerstr. 16,** 2. St. links.

Diwans.

Neue, bessere **Diwans** werden unter Garantie von **32, 35** u. **40** Mk. an verkauft. Keine Fabrikware. **R. Köhler,** Tapezier, **Schützenstr. 25.** 4420

Gefunden wurde in der Jesuiten-Versammlung ein **Geldbeutel** mit Inhalt Abzuholen bei **Fritz Gaißert, Akademiestr. 16,** 3. St. gegen Einrückungsgebühr. 4832

Bettstelle mit Rost u. Matratze **Waschtisch** und **ovaler Tisch** wegen Umzug billig **zu verkaufen. Gebhardstr. 43,** 2. Stock, rechts, Beiertheim. 4807

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verw. Berufsgenossen

Verwaltung Karlsruhe. **Büro: Neuer Saalbau Mühlburg.**

Obacht! **Brauerei-Arbeiter!** **Obacht!**

Am Sonntag, den 26. Januar, nachmittags 3 Uhr, in der Gewerkschaftszentrale, Kaiserstraße 13

Brauerei-Arbeiter-Versammlung.

Tagesordnung: Beratung und Beschlußfassung über die einzureichende Tarifvorlage. :: Diskussion.

Zu dieser wichtigen Versammlung haben alle Kollegen zu erscheinen! Ein Jeder muß über die einzureichenden Forderungen unterrichtet sein. Ohne Kontrollkarte hat niemand Zutritt! Die ausgegebenen Kontrollkarten haben Giltigkeit. Wer keine erhalten hat, melde sich beim Vertrauensmann.

4837

Im Auftrage der Tarifkommission: **Die Ortsverwaltung.**